

V. Auf langer Durststrecke: Nationaldemokratinnen in der Ära Mußgnug

Eine zielführende Charakterisierung der 1970er- und 1980er-Jahre fällt schwer, weil diese Jahrzehnte, sozusagen als „Vorgeschichte der Gegenwart“¹ durch die Brüche, Veränderungen und ambivalenten Entwicklungen, die sie hervorgerufen haben, in der Gegenwart in vielerlei Hinsicht noch nachwirken. Durchzogen von jähnen Umwälzungen, tiefen Transformationen und einzigartigen Krisen, scheinen sie in der retrospektiven Betrachtung fluchtpunktartig auf die historische Klimax zuzulaufen: auf den Mauerfall und die Überwindung des Kalten Krieges. Auch innenpolitisch entfaltete sich in dieser Zeit eine offenbar widersprüchliche Dynamik: Der Drang nach gesellschaftlicher Regeneration, nach Liberalisierung und Modernisierung, koexistierte mit einem gewissen Hang zu Gewalt und Ressentiment, zu Untergangphantasterei und politischer Abschottung; Aufbruchserwartungen und Niedergangsängste waren somit die zwei Seiten derselben Medaille.

Schon der flüchtige Blick auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen jener Zeit verrät die Vielschichtigkeit der Prozesse, die sich bereits Ende der 1960er-Jahre abzeichneten. Man denke an die „Neue Ostpolitik“, durch die Willy Brandt die Annäherung der beiden feindlichen Blöcke und die „Entspannung“ im Kalten Krieg herbeiführte, bevor das Wettrüsten Ende der 1970er-Jahre wieder seinen Lauf nahm. Man denke ebenfalls an die innenpolitischen Spannungen in der Ära Schmidt und mehr noch an die Destabilisierung von Gesellschaft und Rechtsstaat durch den politischen Terrorismus, der in seiner linken Variante 1977 im blutigen „Deutschen Herbst“ kulminierte und in seiner rechten Variante 1980 zum Oktoberfest-Attentat führte. Man denke schließlich an den Ölpreisschock von 1973, der sich insbesondere auch als mentaler Schock entpuppte, weil er durch seine gravierenden Auswirkungen den Westdeutschen eindringlich vor Augen führte, wie verwundbar und abhängig sie in wirtschaftlicher Hinsicht in Wirklichkeit waren. Hinzu kamen in der Ära Schmidt und Kohl die „apokalyptische Angst“² vor Umweltkatastrophen und vernichtenden Kriegen sowie das Umsichgreifen eines diffusen sozialen Unbehagens, das sich u. a. an der akuten Wohnungsnot und der wachsenden Arbeitslosigkeit festmachte. Markant waren auch die kulturellen Verunsicherungen, die sich in der Einwanderungsgesellschaft vor dem Hintergrund der Flüchtlings- und Integrationsfrage noch verschärften und der rassistischen Annahme Vorschub leisteten, die „Ausländer“ stellten eine Bedrohung für die Identität und Sicherheit der Deutschen dar. Der gesellschaftliche Pessimismus mündete in eine politische Krise: Immer mehr Menschen fühlten sich politisch übergangen; sie richteten ihren Groll gegen die traditionellen Eliten, die etablierten Parteien und ihre VertreterInnen. Aus der Verdrossenheit und Unzufriedenheit entstand ein fruchtbarer Nährboden für die extreme Rechte, die

¹ Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart.

² Biess, Republik der Angst.

Ende der 1980er-Jahre in Gestalt der politischen Partei der Republikaner (REP) wieder beachtliche Wahlerfolge verbuchen konnte. Auch der NPD gelang nach langer Flaute in diesem Jahrzehnt der Durchbruch in Hessen.

In geschlechtspolitischer Hinsicht zeichneten sich die Jahre von 1969 bis 1989 ebenfalls durch einen grundlegenden Wandel aus: Im Zuge der Neuen sozialen Bewegungen öffnete sich der politische Raum gewaltig, bot er doch den Männern, aber auch den Frauen nun vielfältigere Partizipationsformen und Interventionsmöglichkeiten. Mit der Etablierung des politischen Feminismus hielten die Frauen mit ihren geschlechtsspezifischen Belangen und Forderungen definitiv Einzug in die politische Öffentlichkeit. Obwohl sich in dieser Zeit im weiblichen Wahlverhalten ein eindeutiger Linksruck ausmachen lässt und sich mehr und mehr Frauen für emanzipatorische und progressive Ideen einsetzen, verschanzten sich die NPD-Frauen hinter einer resolut reaktionären Politik. Den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zum Trotz verschrieben sie sich dem unerbittlichen „Widerstand“ gegen den Zeitgeist, mochte er sozialliberal oder christlich-liberal geartet sein. Vor diesem Hintergrund untersucht das folgende Kapitel die politischen Handlungsschwerpunkte der Nationaldemokratinnen im Lichte der veränderten historischen Rahmenbedingungen und fragt nach der weiblichen Wirkungsmacht in der Hibernationsphase der NPD, einer zwanzig Jahre währenden Zeit, in der die Partei ihren historischen Tiefpunkt erreichte.

1. Von der „Unmöglichkeit zu handeln“: Nationaldemokratinnen auf dem Rückzug (1970–1972)

1.1. Nach dem Schock von 1969: der unaufhaltsame Abstieg der NPD

Der Schock saß tief, doch wollte man unmittelbar nach der Wahlniederlage noch glauben, die NPD habe 1969 nur einen kleinen Rückschlag erlitten, eine temporäre Einbuße, die man geduldig hinnehmen müsse bis zum alles wettmachenden Sieg bei der nächsten, ursprünglich für 1973 angesetzten Bundestagswahl. Immerhin war der politische Rückhalt der WählerInnen enorm gewesen: 1,4 Millionen Wahlberechtigte hatten 1969 der extrem rechten Partei ihr Vertrauen ausgesprochen, so würde der Durchbruch in naher Zukunft gewiss gelingen, hieß von Thaddens Durchhalteparole der Stunde. Doch schien er die missliche Lage der NPD gewaltig zu unterschätzen, denn das zäsursetzende Wahlfiasco, dem bis weit in die 1980er-Jahre hinein noch viele andere folgen sollten, brachte eine Dynamik in Gang, die den parlamentarischen Aufstieg der NPD schlagartig beendete und die Desintegration der Parteistrukturen beschleunigte. 1969 leitete eine Phase der politischen Lethargie ein, aus der die Partei sich erst Jahrzehnte später wieder herausbewegen konnte.

Noch 1970 konnten oder wollten die meisten ParteifunktionäInnen den Niedergang ihrer Partei nicht antizipieren; sie glaubten an den politischen Aufschwung und nahmen die Arbeit wieder auf. Auf dem durch scharfe Richtungskämpfe und Angriffe auf Adolf von Thaddens Linie geprägten Bundesparteitag in Wertheim (15. Februar 1970) wurde Gertraude Winkelvoß, als treue Gefährtin des Vorsitzenden, wieder in den Bundesvorstand gewählt, diesmal zusammen mit Eva Happach, ihrer engen Mitarbeiterin und Vertrauten aus Schleswig-Holstein, und der jungen Bayerin Sigrun Jobst.³ Der außergewöhnlich hohe Frauenanteil im höchsten Parteigremium erfüllte Winkelvoß sicherlich mit Genugtuung, hatte sie sich doch unentwegt für die stärkere Beteiligung von Parteifrauen in Machtpositionen eingesetzt, jedoch musste sie zugleich recht machtlos mitansehen, wie die Basis *peu à peu* auseinanderfiel. Vor lauter Enttäuschung und Ernüchterung ließen sich die Mitglieder nicht mehr so bedingungslos für Wahlkampagnen mobilisieren. Es kam zu Massenaustritten – die NPD verlor 7000 Mitglieder in nur einem Jahr;⁴ dies lähmte die Kreis- und Landesverbände und stürzte die Partei in horrende finanzielle Schwierigkeiten.

In der Hoffnung, den Niedergang seiner Partei aufhalten zu können, versuchte Adolf von Thadden durch eine breitangelegte Kampagne gegen die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik mobil zu machen. Durch den aktivistischen Aufruhr beflogt, den das innerdeutsche Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph am 21. Mai 1970 in Kassel in konservativen wie extrem rechten Kreisen hervorgerufen hatte – und das manchen NationalistInnen heute noch als Geburtsstunde der „rechten APO“ gilt –, veranlasste Adolf von Thadden, mit anderen VertreterInnen der extremen Rechten, etwa der DKEG, der Aktion Oder-Neiße oder dem Arbeitskreis Volkstreuer Verbände, die Gründung der „Aktion Widerstand“ (AW), deren Auftaktveranstaltung am 31. Oktober 1970 in Würzburg mit rund 3 500 Teilnehmern stattfand. Von der NPD konzipiert, koordiniert und finanziert, fungierte die Aktion Widerstand als rechte, außerparlamentarische Plattform für alle Gegner der Regierungspolitik, mit der Idee, auch zum konservativen Lager bzw. zu Unionskreisen Brücken zu schlagen. Nicht von ungefähr wurde auch Franz Josef Strauß angeboten, sich der Kampagne in Würzburg anzuschließen, was er aus „terminlichen Gründen“ aber ausschlug. Die Strategie der Initiatoren, mit der Aktion aus dem gesellschaftlichen Unmut politisches Kapital zu schlagen, ging nicht auf; in Medien und Öffentlichkeit dominierte nämlich das Bild extrem gewaltbereiter Protagonisten, die bei Kundgebungen und spontanen Aktionen zur Ermordung der „Volksverräter“ Brandt und Scheel aufriefen und dadurch viele gemäßigtere Konservative abstießen.⁵ In der Hochphase der Kampagne taten sich besonders jene hervor, die

³ Nachlass von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

⁴ Dieser Trend setzte sich in dem Jahrzehnt fort: 1969 zählte die NPD noch 28 000 Mitglieder, 1972 waren es nur noch 14 500. 1979 erreichte sie erstmals ihren Tiefstand mit 8 000 Mitgliedern. Hoffmann, NPD, S. 460.

⁵ Ebenda, S. 144.

als „Neofaschisten“ (Lutz Niethammer), d. h. als nach 1945 geborene Aktivisten, einen nationalrevolutionären Kurs einschlagen wollten, sich somit vom bürgerlichen Auftreten der „Postfaschisten“ abwandten und die Gewalt, in manchen Fällen auch den Terrorismus,⁶ als legitime Mittel der Politik gegen den Staat und gegen die Ausbreitung des Kommunismus befürworteten. Die Kampagne radikalierte und verselbständigte sich so sehr, dass sie der NPD-Leitung entglitt. So sah sie sich im Frühjahr 1971 gezwungen, sich zur Schadensbegrenzung öffentlich von ihr zu distanzieren. Im Juni des gleichen Jahres stellte sie deren Finanzierung ein. Die AW bestand dennoch bis 1975 weiter.⁷

Die Kampagne war auf der ganzen Linie gescheitert. Über den erheblichen Imageschaden hinaus war es der NPD mitnichten gelungen, AktivistInnen auch jenseits des nationalistischen Lagers zu gewinnen. Noch dazu entfaltete sie die umgekehrte Wirkung: Sie beförderte den Verfallsprozess der Partei, anstatt ihn aufzuhalten, und spaltete die extreme Rechte, anstatt sie zu sammeln. Im Fahrwasser der Aktion war eine neuartige, weit aktivistischere, zum Teil paramilitärische und terroristische Form rechtsextremen Engagements entstanden, getragen von neo-nationalsozialistischen Gruppen wie der WSG Hoffmann (1973), Michael Kühnens ANS/NA (1977), der vom ehemaligen nationaldemokratischen Kader Friedhelm Busse geführten VSBD/PdA (1971/1975)⁸ oder den von Manfred Röder angeleiteten Deutschen Aktionsgruppen (ab 1980), alles überaus offensiv agierende Gruppierungen, die sich vom demokratischen Legalismus der NPD scharf abgrenzten.

Dieser Umstand erklärt, warum die NPD-Frauen von Anfang an Schwierigkeiten hatten, in der Aktion Widerstand Fuß zu fassen. Wie Gertraude Winkelvoß⁹ wohnten einige wenige Nationaldemokratinnen am 31. Oktober 1970 der Auftaktkundgebung in Würzburg bei, doch blieben sie den weiteren, von gewalttätigen Zusammenstößen begleiteten Aktionen und Demonstrationen vermutlich fern. Auch war die Gegenwart von Frauen in der sich als männlich-kämpferisch geben-

⁶ „Würzburg“ gilt als Geburtsstunde des rechten Terrors in der Bundesrepublik: Eine Woche nach der Gründungsveranstaltung der Aktion Widerstand, am 7. November 1970, schoss Ekkehard Weil, ein 21-jähriger Anhänger der AW, auf einen Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal in West-Berlin. Wenige Monate zuvor, im Mai 1970, hatten Polizeikräfte die Europäische Befreiungsfront, eine u. a. aus NPD-Mitgliedern zusammengesetzten Terrorzelle, aufgedeckt. Sie plante Raubüberfälle, Entführungen und Morde, um die „kommunistische Expansion“ einzudämmen. Anfang 1971 feuerten Helge Röthke und seine Lebensgefährtin Ingrid Richter, die auch Ende der 1970er-Jahre in der Berliner NPD noch eine wichtige Rolle spielen sollte, auf Grenzsoldaten der DDR. Im gleichen Zeitraum entlarvte man die Hengst-Bande, benannt nach dem Anführer Bernd Hengst, der 1969 ehemalige Mitglieder des Ordnerdienstes des NPD-KV Rhein-Sieg um sich geschart hatte. Er wurde unverzüglich festgenommen. Zum Rechtsterrorismus vgl. Virchow, Nicht nur der NSU; Gräfe, Rechtsterrorismus.

⁷ Zur Geschichte der AW vgl. Kopke, Aktion Widerstand; Botsch, Die extreme Rechte, S. 64.

⁸ Es handelt sich dabei um die Wehrsportgruppe Hoffmann, die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten und die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit.

⁹ Polizeiakte zu Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

den Inszenierung der ‚rechten APO‘ nicht sonderlich erwünscht. Dies bedeutete jedoch nicht, dass Frauen die Aktion Widerstand von vornherein ablehnten; das Gegenteil war der Fall: Wie ihre männlichen Kameraden und Parteifreunde prangerten auch sie die Ostpolitik an und versuchten, sich auf ihre Art und Weise in die Kampagne einzubringen. Sie bevorzugten dabei klassischere und für Frauen schicklichere, auf Informationsverbreitung gründende Aktivitäten. Den von der NPD popularisierten Begriff des „Widerstandes“¹⁰ übernahm Gertraude Winkelvoß so in einem Brief an die Basis vom Januar 1971, in dem sie zum „Widerstand gegen die zielstrebigen Reformen der Linken“ und die „idiotische Ostpolitik“ aufrief.¹¹ Gerade in der heißen Phase der AW, als jene im Februar 1971 in den Terrorismus abzudriften drohte, beteuerte sie in dem Artikel „Haben wir genug getan?“ ihre uneingeschränkte Unterstützung der Kampagne und monierte die vermeintlichen „Diffamierungskampagnen“ der Bundesregierung, der sie vorwarf, den NationalistInnen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit streitig machen zu wollen.¹²

Frauen agierten in dieser Kampagne also hauptsächlich als ideologische Multiplikatorinnen: Sie organisierten Veranstaltungen, informierten über Aktionen und verbreiteten regierungsfeindliche Schriften in ihren Kreisverbänden und persönlichen Netzwerken. So verteilte Gertrud Lange-Mätzler, die Propagandabeauftragte des niedersächsischen KV Wilhelmshaven, während einer Sitzung im Dezember 1970 die Broschüre „Widerstand. Der Schwur von Würzburg“ mit Texten von ausgewählten Vertretern der AW wie Adolf von Thadden, Erich Kern, Peter Kleist, Alfred Manke, Bernhard Wintzek oder dem ehemaligen Vorsitzenden des BdV, Linus Kather, die mit dem Bundeskanzler, seiner Regierung und den Ostverträgen scharf ins Gericht gingen.¹³ Zuvor hatte sie Lange-Mätzler schon an Heimatvereine und Landsmannschaften sowie an ihre KameradInnen des Stahlhelms geschickt, einer Organisation, die 1950 für Kriegsveteranen neugegründet worden war und in der sie selbst zwischen 1955 und 1957 einen lokalen Verband des Stahlhelm-Frauenbunds geleitet hatte.¹⁴ Diese Nationaldemokratin steht exemplarisch für jene Parteifrauen, die durch das Röhren der Werbetrommel einen nicht unwe sentlichen Beitrag zur ideologischen Kriegsführung der NPD gegen die Regierungspolitik leisteten.

Doch genügte die Aktion Widerstand nicht, um die Partei in ihre Machtposition zurück zu hieven, denn sie musste sich vor allem in den anstehenden Landtagswahlen durchsetzen. Wohl wissend, dass ihre drei Landtagsmandate auf dem Spiel standen, beteiligte sich auch die weibliche Elite entschlossen an den Wahlkämpfen. Noch vor der Hamburger Wahl, der ersten Landtagswahl im Jahre 1970, hatte die

¹⁰ Fünf Tage nach der Bundestagswahl tauchte der Begriff zum ersten Mal im Parteiorgan auf. Vgl. NPD-Parole: Widerstand leisten, in: DN, 3. 10. 1969, Nr. 40/1969, S. 1.

¹¹ Brief von Gertraude Winkelvoß, Januar 1971, in: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 79, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

¹² Gertraude Winkelvoß, Haben wir genug getan?, in: DN, 5. 2. 1971, Nr. 6/1971, S. 6.

¹³ National-Verlag (Hrsg.), Widerstand.

¹⁴ Polizeiakte zu Gertrud Lange-Mätzler, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 1082.

NPD versucht, sich durch die Verabschiedung des Wertheimer Manifests neu zu positionieren: Nun gab sie sich explizit verfassungstreu, konservativ und gemäßigt, doch konnte sie den Imageschaden, den sie selbstverschuldet durch ihre harte, an der Grenze der Legalität geführte Anti-Regierungskampagne verursacht hatte, nicht neutralisieren. In Hamburg setzte sie auf einen bescheidenen Wahlkampf, verzichtete auf große Meetings und hielt ihre Informationsveranstaltungen eher im kleinen Rahmen, in Gaststätten, Bahnhofsvorhallen und auf Marktplätzen ab. Neben dem alles beherrschenden Thema der Deutschlandpolitik versuchten die NPD-Frauen die Wählerinnen auch mit sozialen Themen, z. B. mit der Frauenarbeit, anzusprechen. Die 60-jährige Hausfrau und Hamburger NPD-Frauenreferentin Meta Schirrmeister rangierte auf der Wahlliste an fünfter Stelle. Die Sekretärin Ingeborg Gebauer, Parteimitglied seit 1966 und Ehefrau des Hamburger Spitzenkandidaten Gerhard Gebauer, kandidierte auf Listenplatz 10, dicht gefolgt auf Platz 11 von der Handelskauffrau Annegret Koch, die wie Schirrmeister aus dem KV Wandsbek stammte.¹⁵ Am Wahlabend (22. März 1970) fuhr die NPD mit gerade einmal 2,7% der Stimmen ein für die AnhängerInnen enttäuschendes Ergebnis ein. Ähnlich verlief es bei den darauffolgenden Wahlen vom 14. Juni 1970 in Nordrhein-Westfalen (1,1%), in Niedersachsen (3,2%) und im Saarland (3,4%). Der Ausgang der niedersächsischen Wahl war für Gertraude Winkelvoß ein besonders herber Rückschlag, war sie doch recht optimistisch in den Wahlkampf gezogen, um an der Seite der Kandidatinnen Elisabeth Weintritt, Wilhelmine Steffens, Ursula Hampel und Liselotte Lawrenz ihren Wiedereinzug in den Landtag zu erreichen.¹⁶ Der Diskussionsabend über den vermeintlichen „Linksruck“ in Deutschland, den sie im April 1970 mit Adolf von Thadden in Lüneburg veranstaltet hatte, war auf keine große Resonanz gestoßen, und schlimmer noch für sie: Es schien sich gerade das zu bewahrheiten, was sie als ironisch gemeinten Reim auf die Einladungen hatte drucken lassen: „Willst du ganz Deutschland rot/mach die NPD nur tot/Die CDU allein/bleibt zu klein“.¹⁷ Viele einflussreiche Vertreter der „nationalen Opposition“, etwa der Verleger Gerhard Frey, hatten tatsächlich zur Stimmabgabe für die Union aufgerufen, um die „Roten“ zu stürzen; für die NPD erwies sich dieser taktische Schachzug als verheerend: Nicht nur, dass sie den Sprung über die 5-Prozent-Hürde nicht schaffte, dank ihres Stimmenanteils konnte die SPD darüber hinaus in dem Bundesland auch allein regieren.

Im November 1970 musste nun auch Anneliese Bläsing um ihr Mandat bangen. Vor der Hessenwahl rechnete sie in ihrem „Brief an einen Mitbürger“ mit der sozialliberalen Regierung ab, bezichtigte sie, die Jugend verraten und die Staatskassen geleert zu haben.¹⁸ Gemeinsam mit Gertraude Winkelvoß hielt sie am 3. und 4. Oktober 1970 den letzten großen NPD-Fraenkongress in Gegenwart aller

¹⁵ Wahlvorschläge der NPD für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft 1970, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vL. NR. 320.

¹⁶ Polizeiakte zu Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

¹⁷ Einladung zur Abendveranstaltung, 28. 4. 1970, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

¹⁸ Anneliese Bläsing, Brief an einen Mitbürger, in: DN, 5. 6. 1970, Nr. 24/1970, S. 13.

Mitglieder des NPD-Bundesbeirats der Frauen in Aschaffenburg ab. In ihren Vorträgen befassten sich die Rednerinnen mit zeitgenössischen Umfragen (Hildegard Niewöhner) und mit der Lage in den Ostblockstaaten (Margarete Walendy). Die daran anschließende Podiumsdiskussion mit den Abgeordneten Bläsing und Kruse, der Baronin von Watter und Eva-Maria von Wolzogen widmete sich „alltäglichen Fragen“, woraufhin die Nationaldemokratinnen Eva Happach, Hedwig Kestermann und Elisabeth Weintritt am Folgetag den nationaldemokratischen Standpunkt zu Bildung, Schule und sexueller Aufklärung erläuterten. Den abschließenden Vortrag hielt diesmal der Bundesvorsitzende Adolf von Thadden, der ausnahmsweise den Weg nach Aschaffenburg auf sich genommen hatte, um im weiblichen Wahlkampf selbst Hand anzulegen.¹⁹ Eine männliche Intervention, die durchaus verdeutlicht, wie dringlich die nationaldemokratische Lage inzwischen geworden war. Wie von den NationaldemokratInnen befürchtet, dämpfte das Ergebnis in Hessen (3%) vom 8. November 1970 alle Hoffnungen auf einen baldigen politischen Aufschwung; auch hier waren alle Mandate verloren. Den Abwärtstrend bestätigte daraufhin auch die Bayern-Wahl (22. November 1970), wo die NPD nur 2,9% der Stimmen erhielt.

Vor dem Hintergrund der sukzessiven Wahlniederlagen hatte sich die Parteikrise noch verschärft: Die Mitglieder waren entschwunden, die Kassen geleert und die Kreisverbände wie gelähmt. Selbst die für ihren unerschütterlichen Willen, Glauben und Tatendrang bekannte Bundesfrauenreferentin Gertraude Winkelvoß schien langsam der Desillusionierung anheim zu fallen. In ihren Neujahrsgrüßen von 1971 klang ihr Pessimismus unmissverständlich durch:

„Ein Jahr voller Arbeit und bitterer Enttäuschung liegt hinter uns, und auch das Neue Jahr wird unsere ganzen Kräfte fordern. Nach wie vor halte ich den inneren Zusammenhalt für besonders wichtig, und ich möchte allen danken, die zur Harmonie in unseren Reihen beigetragen haben. Mir war es immer ein tröstlicher Gedanke zu wissen, daß überall Einzelne unbeirrt ihre Pflicht erfüllen. Wir sollten auch in Zukunft von besonderer Geschäftigkeit absehen, weil es meist die gleichen Menschen sind, die den Einladungen Folge leisten.“²⁰

Wie zur Selbstbeschwörung kündigte sie eine Frauentagung für Februar 1971 im Harz an. Dort sollten die Frauen neue Reformvorschläge, u. a. zu Erbschaftssteuer und Elternrecht, ausarbeiten, um die vier regionalen Wahlkämpfe des Jahres durch neue Ideen zu unterstützen. Letztendlich verzichtete die NPD aber auf eine Kandidatur in West-Berlin. Im Hinblick auf die zu erwartenden Störungsaktionen von Seiten der DDR und der sowjetischen Geheimdienste betrachtete sie die Durchführung eines Wahlkampfs als zu aufwändig, schwierig und heikel. Nach den schlechten Wahlergebnissen in Rheinland-Pfalz (2,7%) vom 21. März 1971 lief die Partei in Schleswig-Holstein auf Grund: Am 25. April erhielt sie dort nur 1,3% der Stimmen. In Bremen verlief die Wahl am 10. Oktober 1971 (2,8%) für sie zwar

¹⁹ Frauenkongress „Welchen Zoll verlangt die Zukunft?“, 3.–4. 10. 1970 in Aschaffenburg, Teil von: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 78, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

²⁰ Brief von Gertraude Winkelvoß an die Basis, Januar 1971, in: ebenda, S. 79.

etwas besser, doch verlor auch Martha Kruse wie alle anderen bremischen Abgeordneten der NPD ihr Mandat. Die seit Monaten aufgestaute Wut brach sich in dem Moment Bahn, als der Vorstand die Kandidatur in Baden-Württemberg unvermittelt zurückzog und so auch den letzten noch in einem Landtag sitzenden NPD-Abgeordneten die Chance verwehrte, ihr Mandat in der Wahl vom 23. April 1972 zu verteidigen. Dieser durchaus willkürlich gefasste Entschluss²¹ zeugte vor allem von der unüberwindbaren Schwäche der Partei, die sich bei der vorgezogenen Bundestagswahl vom 18. November 1972 eindringlich bestätigte: Die ergatterten 0,6% aller abgegebenen, gültigen Stimmen beförderten die NPD ein für alle Mal in die politische Bedeutungslosigkeit.

Für den raschen Abstieg der Partei nach 1969 gibt es unterschiedliche Erklärungen. Zum einen sorgte der Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition für eine starke Polarisierung in der politischen Landschaft: Als stärkste Oppositionspartei schaffte es die Union in kürzester Zeit, alle Gegner der „Neuen Ostpolitik“ hinter sich zu sammeln; bis 1972 kündigte sie alle Koalitionen auf, die sie bisher auf Landesebene mit der SPD oder der FDP gebildet hatte, und regierte in manchen Bundesländern bisweilen sogar alleine. Sie radikalierte ihre Oppositionshaltung zur Bundesregierung und machte mit ihrem Rechtsruck die NPD überflüssig. Auch deren SympathisantInnen trauten der CDU/CSU eher zu, den Kampf gegen die Linke zu meistern.²² Die überwältigende Mehrheit der Wähler, und mehr noch der WählerInnen, denn der *Gender Gap* war weiterhin unverändert geblieben, lehnte die nationalistische Krawall-Partei ab.

Als zweiten schwerwiegenden Faktor kann man den desaströsen innerparteilichen Zustand der NPD nennen, deren Strukturen nach 1969 regelrecht kollabierten. Nach dem durchschlagenden politischen Erfolg, den die NationaldemokratInnen seit 1964 fast ununterbrochen erlebt hatten, entmutigte die abrupte und scheinbar unüberwindbare Kehrtwende die meisten AnhängerInnen, FunktionärInnen und Führungspersönlichkeiten. Im Ringen um eine tragfähige Lösung verschärften sich die internen Gegensätze, bis dahin schwelende Parteiquerelen brachen nun offen aus und entluden sich in heftigen Richtungs- und Machtkämpfen, die den Verschleißprozess noch beförderten. Bis 1972 hatte die Partei die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt, sie besaß nur noch 329 aktive Kreisverbände, mit denen sie gerade einmal 60% des westdeutschen Territoriums abdeckte.²³ Mit dem Wegfall der Landtagsmandate verlor sie darüber hinaus auch eine für Geltung und Propaganda unabdingliche Inszenierungsplattform: Die Medien kehrten sich desinteressiert von ihr ab, die Öffentlichkeit nahm sie kaum noch wahr. Auch rutschte sie in eine finanzielle Notlage: Wegen ihrer schlechten Wahl-

²¹ In Wahrheit hatte die NPD eine Abmachung mit der CDU getroffen. Durch ihren Verzicht sollte die Machtposition der ChristdemokratInnen in Baden-Württemberg und dementsprechend auch im Bundesrat gewahrt bleiben. Im Gegenzug wollte die Union mit ihrer konservativen Mehrheit die Ratifizierung der Ostverträge verhindern. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 177 f.

²² Stöss, Struktur und Entwicklung des Parteiensystems, S. 250.

²³ Moreau, Les héritiers du III^e Reich, S. 160.

ergebnisse verlor sie jeglichen Anspruch auf die staatliche Wahlkampfkostenerstattung. Zurück blieb ein Schuldenberg, dessen Begleichung sie mit starken finanziellen, der politischen Arbeit allgemein abträglichen Einschnitten zu bewerkstelligen versuchte.

Ins Gewicht fielen drittens die tiefgründige Transformation bzw. Atomisierung der extremen Rechten in Reaktion auf den Machtwchsel in Bonn. Wie Patrick Moreau dargelegt hat, sank die Gesamtzahl rechtsextremer AktivistInnen bis 1978 stetig, doch verdoppelte sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der einschlägigen Organisationen: Sie stieg von 50 auf 90 an.²⁴ Auch Uwe Hoffmann verwies auf die „Ausfransungen“ der „nationalen Opposition“, die nach 1969 dadurch entstanden, dass nun auch andere Parteien und Gruppierungen ihren Führungsanspruch im nationalen Lager bekundeten: die 1971 von Gerhard Frey gegründete Deutsche Volksunion etwa oder die BefürworterInnen einer der CSU nachempfundenen, bundesweit agierenden bürgerlichen und national-konservativen „vierten Partei“ und nicht zuletzt all jene nationalrevolutionären und neonazistischen Kräfte mit paramilitärischer, ja terroristischer Ausrichtung. Sie alle machten der NPD die hegemoniale Stellung am rechten Rand streitig. Auch die Methoden und der Legalismus der Partei wurden moniert: Die jüngeren AktivistInnen erkannten sich in ihrer politischen Zaghaftheit nicht wieder und propagierten ihrerseits die Fundamentalopposition zur Bundesrepublik. Den Wahlen und offiziellen Wahlkämpfen zogen sie deshalb offensivere, sich ins öffentliche Bewusstsein einbrennende Aktionen vor, die auch vor Gewalt und illegaler Agitation nicht Halt machten. Um ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, ging die NPD auf Abstand zu ihren Konkurrenten; dadurch isolierte sie sich politisch. Ihre Zeit als nationalistischer Hegemon war vorbei, und so blieb ihr nichts anderes übrig, als eine abwartende Haltung einzunehmen, d. h. in Erwartung besserer Zeiten auszuhalten, zu überwintern.

1.2. Der Rückzug der Gründerinnen

Der strukturelle Niedergang der NPD wirkte sich besonders negativ auf die Frauenarbeit aus. Auf der lokalen Ebene mussten die Verbandsvorsitzenden machtlos mit ansehen, wie sich die Basis zurückzog, die Aktivität erlahmte, die Mitgliedsbeiträge und Spenden ausblieben und der viel beschworene „Kampfeswille“ erlosch. Sie selbst waren oft demotiviert. Trotz aller Mobilisierungsbemühungen (Frauentagungen, Aufrufe usw.) der Bundesfrauenreferentin Winkelvoß grasierte der Defätismus auf allen Partieibenen. Vergeblich hatte sie noch versucht, den Bundesbeirat der Frauen anlässlich des Frauenkongresses in Aschaffenburg (3./4. Oktober 1970) zu reaktivieren und die Aktivistinnen zur politischen Arbeit zu animieren. Sie konnte der allgemeinen Verdrossenheit jedoch nichts entgegensetzen: Der Beirat

²⁴ Ebenda, S. 150.

löste sich auf. Der Zusammenhalt in der weiblichen Elite wurde insbesondere dadurch beeinträchtigt, dass nun auch vermehrt Vorzeige-Nationaldemokratinnen der Gründungsgeneration der Partei den Rücken kehrten. Aus Protest gegen ihre merkliche Radikalisierung verließ Anneliese Bläsing sie im Winter 1970 als Erste. Nach der „Kolley-Affäre“ hatten ihr Mentor Heinrich Faßbender und sie dem hessischen NPD-Fraktionsvorsitzenden Werner Fischer öffentlich das Vertrauen entzogen, mit dem Vorwurf, er habe Klaus Kolley in der Nacht der „Schüsse von Kassel“ in seiner Wohnung versteckt, ihm zur Flucht verholfen und darüber hinaus im folgenden Prozess falsch ausgesagt. Auf dem hessischen Landesparteitag vom 12. Juli 1970 in Neustadt (Odenwald) hatte Anneliese Bläsing die Absetzung Werner Fischers gefordert, stieß bei dem Unterfangen aber auf den Widerstand der Delegierten. Sie gab sich geschlagen, auch wenn Fischer letzten Endes dem Druck nachgeben musste und an der Fraktionsspitze durch Ulrich Kaye ersetzt wurde. Sie verließ die Partei mit Faßbender kurz vor den hessischen Regionalwahlen im November 1970.²⁵

Die Radikalisierung provozierte auch andere Austritte, diesmal auf der Seite der Radikalisierten: so bspw. bei Irmgard Busse, einer Bochumer Nationaldemokratin, die zeitgleich mit ihrem Ehemann Friedhelm Busse die Partei verließ. Nach seinem Parteiausschluss 1971 wegen Gewalthandlungen im Rahmen der Aktion Widerstand sollte sich ihr Ehemann zu einer Schlüsselfigur der neonazistischen Szene entwickeln.²⁶ Wie der Eintritt in die NPD vollzog sich auch der Austritt aus der Partei selten allein, sondern samt dem oder der (Ehe)partnerIn, Familie, Freundeskreis oder Clan, sodass diese gruppierten Abgänge sich wie ein Aderlass auswirkten und die Parteiorganisation stark belasteten. Andere starben, wie etwa die Baronin von Watter, die am 22. Juli 1972 im Alter von 77 Jahren verschied.²⁷ Andere wiederum verschwanden, in dem Sinne, dass sich ihre Spur in den zeitgenössischen Quellen verliert. Hedwig Kestermann aus Nordrhein-Westfalen, Gertrud Lange-Mätzler aus Wilhelmshaven, die Saarbrückerin Anneliese Nadig, die Münchnerin Sigrun Jobst, die Hamburgerin Meta Schirrmeister oder Luise Straka aus Bad Saulgau, sie alle haben sich stillschweigend zurückgezogen.

Sogar Gertraude Winkelvoß, die charismatische Hauptprotagonistin der 1960er-Jahre, entmutigte der offenbar unumkehrbare politische Abstieg ihrer Partei; sie resignierte. Besonders bestürzt hatte sie der Aufruf zweier innerparteilicher Oppositionsgruppen, des Würzburger Kreises und des Kirchhainer Kreises, zum Rücktritt des gesamten Bundesvorstandes, dem sie angehörte. Das unerwartete Ausscheiden Adolf von Thaddens nach langen Querelen mit dem bayerischen

²⁵ Heinrich Faßbender hatte seine Ämter schon Anfang 1970 niedergelegt. Seinen Austritt gab er am Vortag der hessischen Landtagswahl, am 7. November 1970, bekannt. Vgl. Olaf Ihlau, Hessens geschlagene NPD vor dem Zerfall, in: Süddeutsche Zeitung, 18. 11. 1970, in: APABIZ Berlin, NPD-Interna, 1969–1971, 3.3.

²⁶ Botsch, Die extreme Rechte, S. 66.

²⁷ Nationalpolitische Studien, August 1972, Nr. 8/1972, S. 15.

Landesvorsitzenden Siegfried Pöhlmann²⁸ und die Wahl Martin Mußgnugs zum neuen Vorsitzenden in Holzminden am 21. November 1971 setzten ihr zusätzlich zu, obwohl das Verhältnis zu ihrem Mentor nie einfach, zum Teil gar recht turbulent gewesen war. 1972 legte sie sowohl aus gesundheitlichen als auch aus pragmatischen Gründen all ihre Ämter nieder: Sie hatte sich von der Partei entfremdet.²⁹ Ihren Austritt rechtfertigte sie in einem am 10. Januar 1972 an den Vorsitzenden ihres Landesverbands, Herbord Große-Endebrock, gesandten Brief mit der Sinnlosigkeit des politischen Kampfes:

„Die Einladung zur Vorstandssitzung und Arbeitstagung am 15. nach Peine zwingt mich nun nach der hiesigen Mitgliederversammlung zur Entscheidung. Ich will an diesen Tagungen nicht teilnehmen, weil ich nur auf die Sinnlosigkeit einer Wahlbeteiligung hinweisen müßte. Folgerichtig – wenn auch schweren Herzens – erkläre ich mit sofortiger Wirkung meinen Austritt aus der NPD. Dabei sein und nicht mitmachen, ist ein Weg, den ich bei anderen immer verurteilt habe und der für mich nicht möglich ist. [...] Die Hoffnung, daß unser Volk doch noch einmal zur Besinnung kommt, will ich nicht aufgeben. Am Tage X dann mit frischer Tatkraft wirken zu können, halte ich für wichtiger und wirkungsvoller, als sich in langjährigem Ringen vorher zu erschöpfen und sich selbst mit dem Stempel der Erfolglosigkeit zu versehen. [...] P.S. am 10.1. Eben brachte die Landeszeitung die Nachricht über Pöhlmann. Um hier keinerlei Unklarheiten aufkommen zu lassen. Mein Schritt hat damit nichts zu tun, wird aber dadurch nicht verändert. Halte die ‚Aktion Neue Rechte‘ aber auch niemals für den Tag X.“³⁰

Zwei Tage später erklärte sie auch ihren Weggefährtinnen Eva Happach, Martha Kruse und Margarete Walendy in einem Brief ihre Beweggründe, übte unverhohlen Kritik an der Partei bzw. an den Parteimännern und lieferte darüber hinaus auch ihre verbittert-ironische Diagnose zur Situation der extremen Rechten in dieser Umbruchphase:

„Es mag natürlich sein, dass die körperliche Schwäche auch meine Widerstandskraft lähmt. Ich habe es mir nicht leicht gemacht und weiß, daß diese Entscheidung mich oft noch schwer mitnehmen wird. [...] Ich habe bewußt immer gesagt: Politik verstehe ich als das Bemühen miteinander auszukommen. Hier liegt doch das Drama der Rechten. Viele behaupten, sie erstreben das gleiche Ziel und für jeden scheint es nur den eigenen Weg zu geben. Man bekämpft sich gegenseitig zur Freude der Gegner. Pöhlmanns Neue Rechte wird sich auch nur bei uns und anderen Rechten tummeln. Ihm gelingt der Einbruch in die SPD – selbst mit Busse nicht oder Baßler. Rheingans als der ‚Neue Rechte‘ wird auch ein Witz. Zu traurig. Dass wir uns die Diffamierung von Genscher dauernd gefallen lassen müssen, wir wollten den Staat zerstören. Mir hat die Behinderung unserer Arbeit in Bremen den Rest gegeben. Daß im [Parteivorstand] Sekretäinnen erwünscht sind, war die beglückende Bestätigung.“³¹

²⁸ Als stellvertretender Vorsitzender und Vertreter des radikal-aktivistischen Flügels in der NPD war Siegfried Pöhlmann einer der Hauptgegner Adolf von Thaddens, dessen legalistische Strategie, autoritären Führungsstil und politische Orientierungen er scharf kritisierte. Beim Bundesparteitag in Holzminden kandidierte er für den Vorsitz, wurde bei der Wahl aber durch von Thaddens Kandidaten, dem gemäßigteren Martin Mußnug, geschlagen. Pöhlmann verließ daraufhin die Partei mit seinen AnhängerInnen und gründete 1972 die Aktion Neue Rechte (ANR). Zum von Thadden-Pöhlmann-Konflikt vgl. Hoffmann, NPD, S. 148–161.

²⁹ Aktivitätsbericht von Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

³⁰ Brief von Gertraude Winkelvoß an Herbord Große-Endebrock, 10. 1. 1972 (Unterstreichung im Original), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

³¹ Brief von Gertraude Winkelvoß an Eva Happach, 12. 1. 1972, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

In diesem Brief formulierte Gertraude Winkelvoß auf sehr direkte Art und Weise ihren Unmut über die Zersplitterung des nationalen Lagers und den „Egoismus der Männer“, welche durch ihre diversen Richtungskämpfe, Abspaltungen und Parteineugründungen nicht nur die NPD nachhaltig geschwächt, sondern auch die „nationale Sache“ unterminiert hätten. Pöhlmanns ANR, der sich 1972 auch Friedhelm Busse, der Vorsitzende der „volkssozialistisch“ ausgerichteten Partei der Arbeit, anschloss, missbilligte sie genauso wie die innerparteilichen Offensiven eines Karl Baßler und seines nationalrevolutionären Würzburger Kreises oder eines Uwe Rheingans, Anführer des mehr Transparenz fordernden Kirchhainer Kreises. Als besonders unerträglich empfand sie nicht zuletzt auch die hartnäckige Misogynie, mit der die Frauen in der Partei behandelt wurden: Als Politikerinnen weder wahrgenommen noch geschätzt, räumte man ihnen bestenfalls untergeordnete Sekretariatsfunktionen ein. Frustration, Mutlosigkeit, Resignation sowie die permanenten Angriffe auf die Partei und aus der Partei veranlassten sie, den Bruch mit der NPD zu vollziehen. In der Hoffnung, aus der 30 Jahre jüngeren Eva Happach ihre Nachfolgerin zu machen, bat sie jene, den politischen Kampf fortzuführen:

„Halten Sie die Fahne hoch. Der Buck versprach, Ihnen eine Stellvertreterfunktion zu verschaffen. [...] 73 ist nichts drin, warum beweisen wir durch Wahlbeteiligung immer erneut unsere Schwäche. [...] Naja, ich will Ihre Standfestigkeit nicht ankratzen, ich will gerne unrecht haben. Ich würde mich freuen, wenn unsre Verbindung nicht ganz abrisse. Die goldenen 70er Jahre beginnen ja erst ihr zweites Jahr. Ohne Hoffnung lässt sich schwer leben.“³²

Hier endet die politische Laufbahn von Gertraude Winkelvoß. Ab April 1972 nahm sie für zwei Jahre ihre berufliche Tätigkeit als Krankengymnastin wieder auf. Sie verstarb am 5. März 1982 an den Folgen einer Herzkrankheit. Mit dem Rückzug dieser bedeutenden Nationaldemokratin aus der Partei endete endgültig auch die erste und wahrscheinlich aktivste Phase der NPD-Frauengeschichte.

2. Die Zeit der ‚Erbinnen‘

2.1. Der Wandel der politischen Partizipation von Frauen in der Bundesrepublik

Wie in den anderen großen westlichen Demokratien entwickelten sich auch in Westdeutschland, im Zuge der 68er-Bewegung, neuartige Mobilisierungs-, Protest- und Partizipationsformen, aus denen sich in den 1970er-Jahren die Neuen sozialen Bewegungen konstituierten. Dem Politikwissenschaftler Joachim Raschke zufolge lassen sich soziale Bewegungen als „kollektiver Akteur“ definieren, der die BürgerInnen symbolisch und auf recht informelle Art und Weise mittels diverser Organisationen, Netzwerke und Aktionen mobilisiert, um einen „grundlegen-

³² Ebenda.

den sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“.³³ Anders als die sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, etwa die sich mit der sozialen Frage rund um Produktion, Eigentum und Kapitalverteilung befassende Arbeiterbewegung, gingen die Neuen sozialen Bewegungen von wohlstandsgesicherten, post-industriellen Gesellschaften aus, welche die negativen Auswirkungen des Wachstums in den Blick rückten. Diesen Paradigmenwechsel identifizierte Ronald Inglehart als progressive Schwerpunktverschiebung von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten, denen pluralisierte Lebensformen und individualistische Ideale wie die Sehnsucht nach Autonomie, Emanzipation und persönlicher Entfaltung Vorschub leisteten.³⁴ Die Schaffung und Wahrung eines hohen umwelt- und sozialverträglichen Lebensstandards gehörte nun zu den Hauptanliegen der Bürgerbewegungen.³⁵ Doch benannten sie auch existentielle Bedrohungslagen, geißelten etwa die zivile Nutzung von Atomenergie in der Folge der Ölkrise von 1973, die Lagerung von radioaktiven Abfällen oder die Übernutzung natürlicher Ressourcen. Sie monierten auch das Wettrüsten im Kalten Krieg sowie die Stellvertreterkriege der Supermächte in Vietnam und in Afghanistan oder die Ausbeutung der „Dritten Welt“, machten sich demgegenüber stark für die Emanzipation von Frauen und die Rechte von schwarzen oder homosexuellen Menschen. Mit dem Aufbegehren neuer AkteurInnen und der Artikulierung transversaler Kämpfe³⁶ wurden auch innovative außerparlamentarische Aktionsmodi (Demonstrationen, *Sit-ins*, Bürgerinitiativen, ziviler Ungehorsam) eingeübt, welche die klassischen demokratischen Vertretungsorgane und konventionellen Partizipationsformen gezielt umgingen. Es entstanden neue politische Räume und Experimentierfelder; der somit geäußerte Anspruch auf ein direktes, basisdemokratisches Mitspracherecht veränderte die politische Kultur in Westdeutschland nachhaltig. Neben dem formalisierten, den Parteien, Parlamenten und Regierungen vorbehaltenen Raum etablierte sich ein politischer Raum nichtkonventioneller, spontaner und flexiblerer Partizipation, die den BürgerInnen vielfältige Teilhabechancen bot.

In erster Linie profitierten Frauen von dieser Demokratisierung ‚von unten‘. Seit dem Anfang der 1970er-Jahre engagierten sie sich viel mehr in den Neuen sozialen Bewegungen, wo der *Gender Gap* gegen Null tendierte,³⁷ anders als im politisch-administrativen System der Bundesrepublik, wo Frauen weiterhin stark unterrepräsentiert waren. Für diesen Umstand liefert Beate Hoecker mehrere Erklärungsansätze: Zum einen seien Frauen für die unkonventionelle Politik historisch

³³ Raschke, Soziale Bewegungen, S. 77.

³⁴ Inglehart, Revolution.

³⁵ Wolfrum, Demokratie, S. 400.

³⁶ Zur Diversität und Heterogenität der Neuen sozialen Bewegungen, die neben der Umweltbewegung auch pazifistische, feministische, LGBT- und Dritte-Welt-Bewegungen umfassten, vgl. die Standardwerke Roth/Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen, und Roth/Rucht (Hrsg.), Bewegungen.

³⁷ Vgl. die empirische Studie aus den 1970er-Jahren von Kaase/Marsh, Distribution of Political Action, zitiert in Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 164.

prädisponiert, weil diese Partizipationsform am ehesten ihrer, von der ersten Frauenbewegung überlieferten politischen Kultur entspreche.³⁸ Auch eigne sie sich für die von Frauen oft bevorzugte problemspezifische, d. h. eine speziell auf geschlechtsspezifische Motivationen, Emotionslagen und alltägliche Erfahrungen zugeschnittene Partizipation,³⁹ die maßgeblich auf informellen Interessen-Netzwerken fuße und deswegen einen schwachen Grad an Institutionalisierung aufweise.⁴⁰

Besonders die Autonome Frauenbewegung vermochte es, dem neuen feministischen Bewusstsein Gestalt zu verleihen – ein Bewusstsein, das sich laut Ute Gerhard in Reaktion auf die „Restauration patriarchaler Verhaltensweisen“ und die „Re-Maskulinisierung“⁴¹ in Politik, Wirtschaft und Kultur“ in den „restaurativen[n] und repressive[n]“ Wirtschaftswunderjahren herausgebildet hatte.⁴² Im Kampf gegen das Patriarchat stellten die Feministinnen das Autonomieprinzip ins Zentrum ihrer Emanzipationsbestrebungen: Dadurch, dass sie für die körperliche wie sexuelle Selbstbestimmung und das Abtreibungsrecht einstanden, dass sie die Gewalt gegen Frauen, auch in der Ehe, zur Sprache brachten, tradierte Geschlechterrollen zurückwiesen, gegen weibliche Diskriminierung in Gesellschaft und Arbeit vorgingen, machten sie Problemlagen und Konflikte sichtbar, die bis dahin fernab von Öffentlichkeit und Politik existiert hatten und ausgehandelt wurden; sie machten Intimität und Privatheit gleichsam zum Politikum. Autonomie bedeutete darüber hinaus, dass die Bewegung sich von der „männlichen“ Politik, dem Staat, seinen Institutionen und Parteien lossagte und sich ganz und gar auf ihre eigenen Netzwerke stützte: Nach dem legendären „Tomatenwurf“⁴³ von 1968 hatten Feministinnen bundesweit Selbsthilfegruppen und Frauenvereine gegründet, ab 1976 dann auch Frauenhäuser für Opfer von häuslicher Gewalt eröffnet. Es kamen einschlägige Buchhandlungen, Verlage und Zeitschriften hinzu, etwa die 1977 von Alice Schwarzer ins Leben gerufene „Emma“. Seminare und Sommeruniversitäten bereicherten den weiblichen Aufbruch noch dazu mit einem wissenschaftlich-theoretischen Unterbau. Allgemein liefen diese Initiativen darauf hinaus, die Selbstermächtigung von Frauen mithilfe einer exklusiv weiblichen Soziabilität zu

³⁸ Ebenda, S. 175.

³⁹ Schmidtchen, Situation der Frau, S. 67.

⁴⁰ Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 176.

⁴¹ Die AutorInnen des Buchs „Männer mit Makel“ hinterfragen die Re-Maskulinisierungsprozesse in der westdeutschen Gesellschaft in den 1950er-Jahren aus der Perspektive „marginalisierter“ Männlichkeiten (Obdachlose, Kriegsversehrte, Homosexuelle usw.). Sie zeigen eindrucksvoll, inwiefern miteinander konkurrierende Männlichkeitsrepräsentationen sich destabilisierend auf herrschende Geschlechternormen (Heterosexualität, Patriarchat, Autorität) auswirkten und so den gesellschaftlichen Wandel begünstigen konnten. Vgl. Gotto/Seefried (Hrsg.), Männer mit „Makel“.

⁴² Gerhard, Frauenbewegung, S. 107 f.

⁴³ Beim Kongress des SDS vom 13. September 1968 hatte Heike Sander aus Protest gegen die männliche Gleichgültigkeit gegenüber weiblichen Belangen einen Redner mit Tomaten beworfen und mit diesem sexistischen Akt die Autonome Frauenbewegung symbolisch begründet. Vgl. Schulz, Atem der Provokation.

forcieren, Frauen somit möglichst vielfältige Identifikations- und Mobilisierungsräume zu bieten und dadurch eine feministische Gegenkultur zu stiften.⁴⁴ Letztlich, so argumentierte Ute Gerhard, war die Neue Frauenbewegung

„Teil der Bürgerrechts- und Protestbewegung, die in den 1960er Jahren gegen das restaurative politische Klima, gegen Wiederbewaffnung und Atomwaffen, gegen eine konservativ-autoritär geprägte Politik des Vergessens aufbegehrten und quasi in einer Nachholbewegung die westdeutsche, von den Siegermächten geschenkte Demokratie in eine erworbene, lebendige Demokratie verwandelten“.⁴⁵

Mochte die Frauenbewegung in jener Zeit letztendlich nur eine kleine Minderheit von Frauen angesprochen haben, so ließ sich im Nachhall von 1968 in den 1970er-Jahren aber zweifelsohne ein starker Politisierungseffekt ausmachen, auch im konventionellen Bereich. Zum einen interessierten sich immer mehr Frauen für die Politik,⁴⁶ zum anderen schrumpfte auch die Geschlechterkluft im Wahlverhalten.⁴⁷ Getragen wurde diese Entwicklung von der weiblichen Nachkriegsgeneration, die von PolitikwissenschaftlerInnen auch als „politische Generation“ (Beate Hoecker) charakterisiert worden ist. Sie hatte bessere Bildungs- bzw. Ausbildungs-, Berufs- und Karrierechancen als die ältere Generation, verfügte über eine größere finanzielle Unabhängigkeit und betrachtete die Stimmenabgabe durchaus als politisches Hilfsmittel, das sie gezielt für ihre persönliche Entfaltung und Besserstellung einsetzte. Auch stimmten die jüngeren Frauen nicht mehr, wie es bis Ende der 1960er-Jahre der Fall war, unbedingt für das konservative Lager. Die Bundestagswahl 1972 gilt hier als Zäsur: Erstmals wählten mehr unter 34-Jährige die SPD als die Union, ein Trend der Sozialdemokratisierung der Frauen, der sich in den Folgewahlen 1976 und 1980 verstetigte. Paradoxe Weise ließ sich im gleichen Zeitraum ein Rechtsruck bei den männlichen Wählern ausmachen, der den Linksruck der Wählerinnen ausglich.⁴⁸

Frauen wurden nun verstärkt als politische Akteurinnen wahrgenommen. In den westdeutschen Institutionen setzte so ein Feminisierungstrend ein, der auch in den Parteien seine Wirkung entfaltete: Der Frauenanteil bei den Mitgliedern überstieg in SPD (1975), CDU (1977) und FDP (1981) erstmalig die 20-Prozent-Marke.⁴⁹ Diesem Trend folgend, schickten sich die Parteien an, den Frauen mehr Teilhabemöglichkeiten einzuräumen, allen voran die 1980 als verlängerter Arm der Neuen sozialen Bewegungen gegründete „Anti-Parteien-Partei“ Die Grünen, die mit etwa einem Drittel ihres Mitgliederstamms die meisten Frauen in ihren

⁴⁴ Gerhard, Frauenbewegung, S. 114.

⁴⁵ Ebenda, S. 110.

⁴⁶ Statistiken zufolge interessierten sich 1952 nur 11% der Frauen für die Politik, 1973 waren es schon 33%, 1983 dann 43%. Vgl. Cornelissen, Politische Partizipation, S. 322.

⁴⁷ In den 1950er- und 1960er-Jahren betrug der *Gender Gap* etwa 3,5% zwischen Männern und Frauen; ihr Wahlverhalten glich sich in den 1970er-Jahren schrittweise an und erreichte 1976 den gleichen Stand (90% Wahlbeteiligung bei den Frauen, 90,5% bei den Männern); ebenda, S. 331.

⁴⁸ Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 63.

⁴⁹ Ebenda, S. 75–87.

Reihen zählte⁵⁰ und die Integration von Frauen mittels einer „formalen Privileierung“ (Joachim Raschke) in ihren Entscheidungsorganen obendrein noch unterstützte. Anfang der 1980er-Jahre waren 36% der Parteiämter von Frauen besetzt;⁵¹ nach der Einführung von geschlechtsspezifischen Fördermaßnahmen, etwa des Paritätsprinzips im Jahr 1986, erhöhte sich ihr Anteil noch.⁵² Was die weibliche Inklusion anbelangt, spielten die Grünen in der Bundesrepublik zweifellos eine Vorreiterrolle. Auch andere Parteien führten daraufhin Frauenquoten ein, blieben bei ihren frauenfreundlichen Bemühungen aber weit hinter dem grünen Vorbild zurück.⁵³

So charakterisierten sich die 1970er- und 1980er-Jahre einerseits durch einen tiefgründigen Wandel der politischen Kultur, durch die Pluralisierung von Partizipationsformen, die mit der Herausbildung neuer AkteurInnen, Räume, Themen und Aktionsformen einhergingen, und andererseits durch die sowohl quantitative als auch qualitative Feminisierung des politischen Felds. Der Impuls dazu mochte ursprünglich von den Neuen sozialen Bewegungen ausgegangen sein, doch zeigte sich diese Zeit auch durch die erhöhte Integrationsbereitschaft von Parteien aus, die den globalgesellschaftlichen Veränderungen nun verstärkt Rechnung trugen. Im „nationalen Lager“ bzw. in der NPD hingegen konnte von struktureller Feminisierung nicht die Rede sein: Die weibliche Partizipation brach in dieser Phase regelrecht ab.

2.2. Die ‚Erbinnen‘ und der Rückgang der weiblichen Partizipation in der NPD

Im Gegensatz zu den anderen Parteien der Bundesrepublik, deren Mitgliederzahlen in der Zeit zwischen 1970 bis 1990 nach oben schnellten, verzeichnete die NPD einen steten Rückgang ihrer Anhängerzahl. Von den ursprünglich 28 000 Mitgliedern im Jahre 1969 blieben 1975 nur noch 10 000 Männer und Frauen in der Partei. Den Tiefpunkt erreichte sie 1982 mit 5 900 Mitgliedern. In der Folge vergrößerte sich die Anhängerschaft wieder langsam: Sie knackte 1983 die 6 000 Mitglieder-Marke und hielt sich dann bis 1989 (7 000 Mitglieder) auf diesem Niveau.⁵⁴ Ungeachtet der leichten Erhöhung am Phasenende zeichnen sich die 1970er- und 1980er-Jahre demnach durch massive Austrittsbewegungen aus, die

⁵⁰ Ebenda, S. 85.

⁵¹ Raschke, Die Grünen, S. 417.

⁵² Zu Parität und Fördermaßnahmen vgl. Briatte-Peters, Les Verts. Allgemein zu den Gründungsjahren der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nichts links, sondern vorn.

⁵³ Die SPD entschied sich 1988 für eine Frauenquote, die CDU 1994 für ein unverbindliches und recht ineffizientes „Frauenquorum“. In den Führungsgremien der CDU stieg der Frauenanteil von 9,1% (1976) auf 21,2% (1990) an; in der SPD erhöhte sich ihr Anteil im Bundesvorstand von 8,3% (1976) auf 35,3% (1990); Vgl. Cornelissen, Politische Partizipation, S. 334.

⁵⁴ Die Zahlen stammen aus den Verfassungsschutzberichten und wurden u. a. abgedruckt in: Hoffmann, NPD, S. 460.

in Geschlechterhinsicht nur schwer zu beziffern sind, weil belastbare empirische Daten zu den Parteianhängerinnen fehlen. Da in den 1960er-Jahren die Mitgliedschaft von Frauen oft einem ehelichen oder familiären Impuls gefolgt war – meist begleiteten nämlich die Ehefrauen und Lebenspartnerinnen ihre Männer lediglich in die Partei hinein –, so muss auch ihr Ausscheiden nach 1969 verhältnismäßig zu jenem der männlichen Mitglieder verlaufen sein. Es ist anzunehmen, dass die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in den 1970er-Jahren sank, ihr Anteil sich aber bei 10 bis 15% stabilisierte. Entsprechend emphatisch kommentierte das Parteiorgan den leichten Anstieg der Frauenrate Mitte der 1980er-Jahre:

„In den Monaten Januar, Februar und März dieses Jahres konnte im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung an Mitgliedaufnahmen in Höhe von exakt 61,58%! erzielt werden. Auffallend hoch ist dabei der Anteil jüngerer Jahrgänge. So stellt die Altersgruppe der 35- bis 26jährigen [sic!] einen Anteil von 30,06% und die der 25jährigen und jüngeren einen Anteil von 28,86% an den Gesamtaufnahmen dar. Auffallend ist auch, daß immer mehr Frauen den Weg zur NPD finden: Im 1. Quartal 1986 kamen 131, 25% (!) mehr Frauen zu den Nationaldemokraten als im 1. Quartal des letzten Jahres. Die NPD ist voll im Kommen.“⁵⁵

Drei Monate später versicherte auch der Parteivorsitzende Martin Mußgnug, dass sich „unter den Neueintritten des Jahres 1986 [...] der Anteil der Frauen um über 100% erhöht“ habe.⁵⁶ Natürlich muss hier vor allem auf den Propagandaeffekt solcher Aussagen verwiesen werden, die inhaltlich eigentlich recht hohl blieben: Auskunft über die Berechnungsgrundlage oder die konkrete Anhängerinnenzahl gaben sie nämlich keine; der angebliche Feminisierungstrend ließ sich nicht überprüfen. 1989 schätzte die frisch in den Frankfurter Römer (das dortige Rathaus) gewählte Christine Ringmayer den Frauenanteil auf 30%,⁵⁷ was den realen Wert vermutlich bei weitem überstieg, wenn man bedenkt, dass der Frauenanteil in SPD und CDU zur gleichen Zeit bei 26,9 bzw. 22,9% lag und dass es bis dahin nur den Grünen gelungen war, die 30-Prozent-Marke im Zuge einer voluntaristischen Frauenförderung zu überwinden. Der Politikwissenschaftler Uwe Hoffmann bezifferte den Frauenanteil auf ca. 20%⁵⁸ und lag damit vermutlich richtig. Durchaus plausibel erscheint, dass sich die NPD-Basis in den 1980er-Jahren tatsächlich leicht feminisierte, dass dieser Prozess aber viel später als in den anderen Parteien und frühestens gegen Ende der 1980er-Jahre einsetzte und sich überdies auch äußerst langsam vollzog.

Im Bundesvorstand war der Frauenanteil im betrachteten Zeitraum marginal. Zwar variierte er im Laufe der Zeit etwas stakkatoartig, blieb die meiste Zeit dennoch unter 10% und somit beständig niedrig.⁵⁹ Zwischen 1970 und 1987 saßen

⁵⁵ NPD-Aufschwung in Zahlen, in: Deutsche Stimme (DS), Nr. 4/1986, S. 3.

⁵⁶ Martin Mußgnug, Wer wir sind – was wir wollen, in: DS, Nr. 7/1986, S. 2.

⁵⁷ Christine Ringmayer, Ich müßte eine Vorbildfrau in ihrem Sinne sein, in: DS, Nr. 11/1989, S. 4.

⁵⁸ Hoffmann, NPD, S. 387.

⁵⁹ Der Frauenanteil belief sich 1970 auf 8,8%, 1971 auf 4,3%, 1975 auf 10%, 1977 auf 7,1%, 1982 auf 8%, 1984 auf 6,2% und 1988 auf 12,5%. Errechnet wurden die Zahlen für den Bundesvorstand und die Landesvorstände anhand der Listen der bei Parteitagen in die Vorstände gewähl-

dort nie mehr als zwei oder drei Frauen gleichzeitig, 1988 waren es ausnahmsweise vier. Innerhalb von 20 Jahren wurden nur elf Frauen, durchweg lediglich als Beisitzerinnen, in den Bundesvorstand gewählt bzw. im Nachhinein berufen.⁶⁰ Obgleich man in den 1970er-Jahren noch eine gewisse Fluktuation im politischen Personal ausmachen konnte, so verschwand diese in den 1980er-Jahren fast völlig. Im Vorstand traf man vornehmlich auf zwei Frauen: Wilhelmine Steffens und Ilse Herrmann. Zum einen veranschaulicht diese Tatsache die beachtliche Anpassungsfähigkeit und politische Langlebigkeit dieser Nationaldemokratinnen, zum anderen kann sie aber auch als klarer Beleg für den notorischen Nachwuchsmangel und die fehlende personelle Erneuerung in den Parteistrukturen ausgelegt werden.

In den Landesvorständen waren die Frauen ebenfalls stark unterrepräsentiert, auch wenn ihr Anteil sich zwischen 1970 und 1989 verdoppelte. 1972 lag er noch bei 6,9% und erhöhte sich 1976 auf 10,6%, 1985 sogar auf 13,5%, fiel 1988 dann aber wieder auf 12,1%. Auffällig waren diesbezüglich auch die regionalen Unterschiede. Die höchsten Frauenraten verzeichneten 1972 die Landesvorstände in Schleswig-Holstein (20%) und West-Berlin (10%), 1976 wurde der Höchststand im Saarland (27,2%), in Schleswig-Holstein (15,7%), Niedersachsen (13,3%) und Bayern (12,9%) erreicht; 1985 blieb die Frauenquote im Saarland beständig (27,2%), stieg in Hamburg und Berlin auf 25% und steigerte sich auch in Baden-Württemberg oder Bayern auf ca. 15%: durchweg Zahlen, die bis 1988 relativ stabil blieben und offenbar auf eine graduelle Feminisierung auf Landesebene hindeuteten. Auch die weibliche Partizipationsökonomie schien sich zu wandeln, denn der Aktivitätsschwerpunkt der Nationaldemokratinnen verschob sich schrittweise von Nord nach Süd und konzentrierte sich nun vornehmlich auf Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland. Der Westen hingegen lag diesbezüglich stark im Rückstand: 1972 waren weder in Nordrhein-Westfalen noch in Hessen Frauen in den Entscheidungsgremien vertreten, in Rheinland-Pfalz betrug der Frauenanteil gerade einmal 5%. In diesen drei Bundesländern stieg die Frauenquote auch bis zum Ende der 1980er-Jahre nie über 8%. Im Hinblick auf diese Entwicklungen lässt sich zweifellos sagen, dass die zuvor schon festgestellte Marginalisierung von Frauen in den parteiinternen Entscheidungs- und Machtstrukturen bis weit über die 1980er-Jahre hinaus bestehen blieb. Mit diesem Trend stand die NPD im Widerspruch zu den in dieser Zeit allgemein spürbaren und den Frauen meist förderlichen Demokratisierungsprozessen in der Bundesrepublik.

Bezüglich des Sozialprofils fällt bei der weiblichen Parteielite⁶¹ vor allem der starke Anstieg der Hausfrauenrate in den 1970er-Jahren auf – 1970 lag sie noch bei

ten PartefunktionärInnen. Die Übersichten wurden jeweils von der NPD im Parteiorgan oder vom Bundeswahlleiter veröffentlicht. Vgl. IfZ München, Dn 87.

⁶⁰ So erging es beispielsweise Marlène Erber und Edith Fleischer, die 1979 beim Bundesparteitag in Ketsch nicht in den Vorstand gewählt worden waren und daraufhin von Parteichef Mußgnug in diesen berufen wurden. Ohne Stimmrecht nahmen sie dort nur eine beratende Position ein.

⁶¹ Das, was hier etwas willkürlich als weibliche Elite bezeichnet wird, bezieht sich in Wahrheit auf 28 Partefunktionärinnen, welche entweder schon Teil des Bundesvorstands waren oder bei Parteitagen für die Aufnahme in diesen kandidierten. Diese Kandidatinnen waren meist

33,3%, stieg 1975 auf 40% und 1977 sogar auf 85,7% –, in einer Zeit also, in der die NPD auch ideologisch stark von der Rückkehr zu einem politischen Maternalismus und Traditionalismus geprägt war. Diese Tendenz kehrte sich erst im Laufe der 1980er-Jahre um, als die Rate auf 36,4% (1985) und später auf 25% (1989) absank. Hiermit korrelierend erreichte die Erwerbstätigkeitsquote der NPD-Frauen 1985 54%; sie überschritt jene der weiblichen Gesamtbevölkerung (48,3%) dabei sogar um wenige Prozentpunkte.⁶² Viele Nationaldemokratinnen, etwa ein Drittel, waren als kaufmännische Angestellte, Sozialarbeiterinnen oder Sekretärinnen im Dienstleistungssektor beschäftigt. In dieser Phase gehörte keine zur Arbeiterschaft, und nur wenige, etwa 9 bis 10%, arbeiteten freiberufl. Die Zahl der Beamten bzw. Lehrerinnen, sprich derer, die ab 1972 mit Einführung des Radikalenerlasses ein eventuelles Berufsverbot zu befürchten hatten, fiel von 33% (1970) auf 20% (1975) und tendierte in den 1980er-Jahren schließlich gegen 0%.

In generationeller Hinsicht dominierten die Alterskohorten der zwischen 1910 und 1930 geborenen Frauen in dieser Phase deutlich: 1977 stellten sie immerhin 85,6% aller Parteifunktionärinnen dar; in der Folge sank deren Rate zwar wieder, doch blieben sie auch von 1980 (75%) bis 1989 (50%) in der Mehrheit. Zu dieser Generation zählten u. a. Wilhelmine Steffens (1913), Eva-Maria von Wolzogen (1913), Ursula Schaffer (1913), Martha Kruse (1917) oder Holle Grimm (1918), Marlene Erber (1921), Anne-Marie Witt (1921), Maria Pflästerer (1922) und Edith Fleischer (1924). Die Überrepräsentation jener Altersklassen erklärt auch die für diese Periode charakteristische Überalterung der Parteifunktionärinnen; es fehlte an weiblichem Nachwuchs, um dieses Strukturproblem zu beheben. 33% der Nationaldemokratinnen waren 1970 bereits über 50 Jahre alt, 1980 waren es 87,5% – davon waren 12,5% sogar über 70 Jahre alt. 1989 belief sich ihr Anteil nur noch auf 50%. Bis Mitte der 1970er-Jahre gehörte keine einzige Funktionärin der Nachkriegsgeneration an, 1985 machten die unter 35-Jährigen dann 18% der weiblichen Kader aus. Bis Mitte der 1980er-Jahre beherrschten also vor allem jene Frauen die Parteielite, die im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik geboren worden waren; ab 1985 behaupteten sich vornehmlich die in den 1930er- bis 1950er-Jahren geborenen und sozialisierten Frauen. So zeichnete sich gegen Ende der Periode eine leichte Verjüngung ab. Uwe Hoffmann beschrieb die NPD dieser Zeit recht passend als „Partei der Großväter und Enkel“, demnach als Partei für Alt und Jung, von der sich aber die mittlere Generation, jene der 30- bis 45-Jährigen, fernhielt.⁶³

schon Mitglieder von Kreis- und Landesvorständen, hatten also ebenfalls politische Funktionen inne. In der Zeit zwischen 1972 und 1989 wurden etwa 60 Frauen in die Landes- und Bundesvorstände gewählt, doch lässt sich leider nicht für alle empirisches Material finden. Die Angaben für die in der Analyse berücksichtigten 28 Parteifunktionärinnen stammen aus den im Vorfeld für die Parteitage erstellten KandidatInnenlisten. Errechnet wurden die Statistiken von der Verfasserin des vorliegenden Buches. Vgl. Bestand von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/ NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

⁶² Vgl. Häußermann/Siebel, Dienstleistungsgesellschaften, S. 178.

⁶³ Sie fingen an, sich von der Partei abzuwenden, als sich ihre Aussichten auf Karriere und Mandatsgewinnung verschlechterten. Die Furcht vor persönlichen und beruflichen Einbußen verstärkte diesen Trend noch zusätzlich. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 386 f.

Für die weibliche Elite jedoch war die Alterung viel markanter als die Verjüngung: In ihr versammelten sich bei weitem mehr „Großmütter“ als „Enkelinnen“. Sie bestand hauptsächlich aus älteren Funktionärinnen, die der NPD über einen sehr langen Zeitraum die Treue hielten, die beispielsweise wie Martha Kruse (Bremen), Wilhelmine Steffens (Niedersachsen), Ilse Herrmann (Bayern) oder Helga Schulz (West-Berlin) bereits in den 1960er-Jahren in die Partei eingetreten waren und dort oft bis weit in die 1980er-Jahre hinein, vereinzelt sogar bis in die 2000er-Jahre verweilten. Nach dem Ausscheiden der Gründerinnen hatten sie als deren Erbinnen die Frauenarbeit übernommen. Erbinnen waren sie, weil sie wie die Gründerinnen im Wilhelminismus, während der Weimarer Republik oder im Nationalsozialismus sozialisiert worden waren und folglich zur Erlebnisgeneration gehörten, sich aber erst nach dem Krieg in der extremen Rechten engagierten. Erbinnen waren sie ebenfalls, weil sie in den 1960er-Jahren unter der Anleitung der Gründerinnen erste politische Erfahrungen gesammelt hatten und nach deren Rückzug nun gewissermaßen als zweite Garde vorrückten. Vereinzelt taten sich in den 1970er-Jahren auch neue Akteurinnen hervor, etwa Ursula Schaffer (West-Berlin), Marlene Erber (Bayern) oder Gabriele Prehl (Nordrhein-Westfalen); bestimmend waren dennoch jene Akteurinnen, die bis in die 1990er-Jahre hinein eine gewisse Kontinuität stifteten: Die Erbinnen fungierten somit maßgeblich als Brückengeneration, deren Hauptaufgabe darin bestand, die NPD in ihrer Hibernationsphase politisch am Leben zu halten.

3. Weibliche Mobilisierung in der Ära Mußgnug (1971–1990)

3.1. Mußgnug und die Hibernationsphase der NPD

Vorab lässt sich zu Martin Mußgnug sagen, dass es auch ihm nicht gelang, in den ganzen zwei Jahrzehnten, die er an der NPD-Spitze verbrachte, die angeschlagene Partei wieder auf Vordermann zu bringen: Die Parteistrukturen ließen sich nicht aktivieren, die wenigen noch verbliebenen Mitglieder nicht mobilisieren, die internen Querelen nicht überwinden und die Wahlen nicht gewinnen –, sodass die Partei in dieser Zeit politisch wie organisatorisch buchstäblich zu einem „ohnmächtigen Skelett“ (Patrick Moreau) verkam.⁶⁴ 1971 von Adolf von Thadden als Nachfolger auserkoren und durchgesetzt,⁶⁵ fehlten ihm jedoch das nötige Charisma, die Autorität und politische Weitsicht, um das Amt souverän ausfüllen zu können. Er verwaltete die Partei mehr, als dass er sie anführte, und manövrierte

⁶⁴ Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 160.

⁶⁵ Von Thadden, der sich anlässlich des Holzmindener Parteitags 1971 von der Parteispitze zurückgezogen hatte, betrachtete Mußgnug insgeheim als Übergangslösung. Eigentlich sollte er die Zeit bis zur ruhmreichen Rückkehr des Gründungsvaters überbrücken. So weit kam es aber nicht: Nach anhaltenden Parteikonflikten verließ von Thadden die NPD 1975 endgültig.

sie somit konsequent ins politische Abseits. Nach der für die NPD schmählichen Niederlage bei der Bundestagswahl 1972, wo sie gerade einmal 0,6% der Stimmen einfuhr, setzte sich der Parteichef über die Bedenken seiner Parteifreunde, die ihm wie Gertraude Winkelvoß nachdrücklich rieten, von weiteren Wahlbeteiligungen abzusehen, um die Partei nicht noch zusätzlich zu belasten, leichtfertig hinweg und lancierte ab 1973 neben der Verabschiedung des „Düsseldorfer Programms“ auch mehrere regionale Wahlkämpfe; die Landtagswahlen gingen für die NPD allesamt verheerend aus.⁶⁶ Den absoluten Tiefpunkt bildete aber vor allem die Bundestagswahl von 1976, bei der die Partei nur 0,32% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte. Genauso trübe waren die Aussichten auf lange Sicht. Wie die nationaldemokratische Anhängerschaft alterte auch die Wählerschaft zusehends: 62% der WählerInnen waren zu jener Zeit schon über 45 Jahre alt; überdies mieden junge Menschen und Frauen weiterhin beharrlich die Partei.⁶⁷

Von der strukturellen Verwahrlosung stetig angetrieben, schritt der interne Erosionsprozess sichtbar voran und beeinträchtigte die *Agency* der Partei so stark, dass sie all ihre Aktivitäten – auch die für sie überlebenswichtige Pressearbeit – deutlich herunterfahren musste. Als Rettungsmaßnahme strengte Mußgnug eine politische Allianz mit seinem Hauptkonkurrenten, dem Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, an. Das Bündnis wurde am 16. Juni 1975 im Rahmen des jährlich stattfindenden „Deutschlandtreffens“ mit der „Bonner Erklärung“ besiegelt. Der Opportunismus bzw. Entrismus, den der sonst als scharfer NPD-Opponent bekannte Frey hier offensichtlich an den Tag legte, löste jedoch bei den AnhängerInnen starken Unmut aus: Als Mußgnug ihm, ohne vormalige Absprache mit dem Bundesvorstand, beim Bundesparteitag in Ketsch (18./19. Oktober 1975) zudem noch das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden anbot, verhinderten die Delegierten seine Wahl ins Präsidium und gewährten Frey letztendlich nur einen Beisitzer-Posten.⁶⁸ Sichtbar desavouiert und geschwächt, konnte Mußgnug die Wahl zum Vorsitzenden trotzdem wieder für sich entscheiden, doch musste er mit weiteren Regungen der internen Opposition rechnen.⁶⁹ Die Konfrontation suchten beispielsweise die seit 1973 unter der Führung Günter Deckerts stehenden Jungen Nationaldemokraten (JN). Bereits ein Jahr zuvor hatte Deckert über den Kirchhainer Kreis, eine etwa 50 Kader umfassende Gruppe, vergeblich versucht,

⁶⁶ Die bei Wahlen in der Folgezeit von der NPD erreichte Höchstmarke lag bei 1%, so wie 1974 in Bayern (1,08%) und Hessen (1,01%) und 1975 in Rheinland-Pfalz (1,08%) und Bremen (1,1%). In den anderen Bundesländern war die Lage nicht weniger desaströs: In Hamburg ergatterte die NPD 1974 0,76% der Zweitstimmen, in Niedersachsen 0,64%. Im Jahr darauf erhielt sie 0,35% in Nordrhein-Westfalen, 0,68% im Saarland und 0,54% in Schleswig-Holstein. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 452 f.

⁶⁷ Vgl. Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 166. In den Wahlen blieb der *Gender Gap* in diesem Jahrzehnt konstant bei einem Verhältnis von zwei zu eins.

⁶⁸ Zur Frey-Kontroverse vgl. Hoffmann, NPD, S. 192–201.

⁶⁹ Aus Protest gegen die Mußgnug'sche Linie ließ Adolf von Thadden die Partei 1975 definitiv hinter sich, nicht aber die extreme Rechte, die er dank seiner publizistischen Arbeit bis zu seinem Tod 1996, von Teneriffa aus, seiner neuen Heimat im post-francistischen Spanien, intellektuell und politisch weiterhin zu beeinflussen suchte.

den Bundesvorsitzenden zu einer Kursänderung zu bewegen. Dessen konservative Linie empfand er als zu seicht und warb seinerseits für eine offensiv national-revolutionäre Ausrichtung, für die ihm die in Frankreich langsam aufkeimende „Neue Rechte“ als Vorbild diente. Deren Ideen gedachte er für die NPD fruchtbar zu machen.⁷⁰ Dass er 1975 beim Bundesparteitag in Ketsch zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, bestätigte ihn in seinen Ambitionen, doch fehlte ihm der nötige interne Rückhalt, um seine politischen Pläne umzusetzen. Unentwegt monierte er die finanzielle Undurchsichtigkeit, die reformfeindliche Rigidität sowie den Immobilismus Mußgnugs, konnte dadurch aber keine nennenswerten Veränderungen erreichen. Schließlich ging er 1977 selbst in die Offensive und rief die NationaldemokratInnen in einem Schreiben zur Absetzung des Parteichefs auf. Neue „Frauen und Männer“ sollten der NPD den lang ersehnten Aufschwung bringen:

„Wählen wir Frauen und Männer, die nicht zum Resignieren, zur Trägheit neigen, weil sie innerlich ausgebrannt sind. Wählen wir Frauen und Männer, die dynamisch, fähig und auch gesitig [sic!] in der Lage sind, Führungsaufgaben gerecht zu werden. Wählen wir Frauen und Männer, die dies auch durch die Arbeit, die sie in ihren ‚Hausverbänden‘ leisten und geleistet haben, sichtbar unter Beweis stellen. Wählen wir Frauen und Männer, die lauter sind. Wählen wir Frauen und Männer, die in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Wählen wir Frauen und Männer, die keine Pauschalen annehmen, sondern nur, wenn überhaupt, echt entstandene Kosten verrechnen, Freizeit opfern wir alle, auch und gerade an der Basis. [...] Wählen wir eine neue Mannschaft!!!“⁷¹

Mit diesen scharfen Worten, die Mußgnugs Machenschaften und Versäumnisse unmissverständlich an den Pranger stellten, beabsichtigte Deckert, seine AnhängerInnen im Vorfeld des 11. Parteitags in Hannover (26./27. März 1977) gegen den Parteichef aufzustacheln. Dabei zählte er insbesondere auf die Frauen: Davon zeugen neben deren betonten Erwähnung im Zitat auch die hervorgehobene Position, die er ihnen im neuen Bundesvorstand zugedacht hatte. Sowohl die Altgredienten Martha Kruse und Eva-Maria von Wolzogen als auch die Novizin Marlene Erber sollten darin einen festen Platz einnehmen. In Hannover stimmten die Delegierten jedoch für die Mußgnug'sche Kontinuität und machten Deckerts Vorstoß damit zunichte; die gegnerischen Stimmen verstummten. Auch dieser interne Machtkampf zehrte an der NPD, einer Partei, die so schon zum Dahinvegetieren verdammt zu sein schien, wie es die äußerst katastrophalen Wahlergebnisse der Folgezeit eindringlich veranschaulichten.⁷² Unverhohlen kam parteiintern die

⁷⁰ Günter Deckert war nicht nur ein begeisterter Anhänger dieser neuen intellektuellen Strömung, er beteiligte sich auch tatkräftig an der Verbreitung ihrer Thesen und Ideen im deutschsprachigen Raum. Als ausgebildeter Romanist übersetzte er mehrere Schriften und Bücher Alain de Benoists, des Vordenkers des GRECE und der französischen *Nouvelle Droite*, und importierte hierdurch sein Gedankengut in die deutsche extreme Rechte.

⁷¹ Günter Deckert, Überlegungen zur Lage der Partei: Folgerungen für den Parteitag in Hannover am 26.–27. März 1977, in: APABIZ, NPD-Interna, 1972–1977, 3.5.

⁷² Nirgendwo, weder in Hamburg (0,34%) noch in Niedersachsen (0,43%), Hessen (0,37%), Bayern (0,58%), Rheinland-Pfalz (0,63%) oder in Bremen (0,39%) konnte die NPD in den Jahren 1978–1979 die 1-Prozent-Marke mehr überwinden, sie blieb sogar weit dahinter zurück. 1980 erreichte die NPD bei der Bundestagswahl ein neues Tief (0,18%).

Gretchenfrage auf: ob sich der politische Kampf überhaupt noch lohne, ob die NPD noch relevant sei. Mußgnug weigerte sich aber, jene konkret zu beantworten, und schwor die Parteimitglieder verheißungsvoll auf das neue Jahrzehnt ein, das ihm zufolge hoffnungsschwanger vor ihnen lag.⁷³

In diesem Jahrzehnt sortierte die NPD sich vor allem ideologisch neu: Sie entdeckte den Rassismus und seine politische Brisanz für sich. In großen Lettern auf rotem Grund prangte im Parteiorgan 1980 erstmals das für die nächsten Jahrzehnte prägende xenophobe Motto: „Ausländerstopp, Deutschland den Deutschen“.⁷⁴ Darauf aufbauend, entstanden kleine, oft als Bürgerinitiativen getarnte Gruppierungen, die der Partei bei der Verbreitung ihrer rassistischen Agitation behilflich waren. Besonders hervorgetan haben sich in diesem Rahmen die Eheleute Gabriele und Hagen Prehl aus Nordrhein-Westfalen mit ihrer Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA).⁷⁵ Ihren Kreuzzug gegen Einwanderung und Integration ergänzte die NPD noch durch andere Schwerpunkte, etwa durch eine gellende Propaganda gegen eine potentielle EU-Annäherung an die Türkei oder die europäische Integration überhaupt. Die rassistische Kehrtwende erwies sich als politisch gewinnbringend, bescherte sie der NPD doch nach einer langen Durststrecke wieder erste, wenn auch überaus bescheidene Wahlerfolge. Etwa bei der Bundestagswahl 1983 (0,23%), wo sie im Vergleich zur vorherigen Wahl (1980) einen Zuwachs von 23 000 Stimmen verzeichnen konnte, oder bei der Europawahl 1984 (0,8%), bei der sie insbesondere Frauen wie Marion Jäger, Ilse Herrmann und Heidemarie Leingang herausgestellt hatte: Die Zeichen standen auf Aufschwung. Mithilfe der staatlichen Wahlkampfkostenrückerstattung konnte die NPD außerdem ihre Schulden teilweise begleichen und wieder mehr Ressourcen in Pressearbeit und Wahlkämpfe investieren.

Nach einer Vereinbarung mit der DVU zog diese ihre Kandidatur für die Bundestagswahl 1987 zugunsten der NPD zurück und ermöglichte Letzterer damit, ihr Wahlergebnis (0,6%) zu verdoppeln – im Gegenzug beteiligte sich die NPD 1989 nicht an der Europawahl. Auch auf der Landesebene war der Aufwärtstrend sichtbar: Im Frühling 1988 trat sie nur in den Bundesländern zur Wahl an, in denen sie sich auch einen mäßigen Erfolg versprechen konnte – die Rechnung ging in Baden-Württemberg (2,1%) und in Schleswig-Holstein (1,2%) auf. Bei der Kommunalwahl in Hessen gelang ihr mit 29 eroberten Mandaten in Stadt- und Gemeindevertretungen im März 1989 der Durchbruch. In Frankfurt am Main (6,6%) entsandte sie auf diese Weise Christine Ringmayer, Ursula Gerhold und Winfried Krauß in die Stadtverordnetenversammlung. Die NPD mochte sich langsam aufraffen, noch konnte sie aber dem Aufbegehren einer neuen Rivalin, die seit 1983 unter der Bezeichnung Die Republikaner (REP) auftrat, nichts entgegensetzen: Beide gingen mit denselben rassistisch-xenophoben Themen und Ansprü-

⁷³ Vgl. Mußgnugs Parteitagsrede: Martin Mußgnug, Bundesparteitag 1979 – Rückschau und Ausblick, in: DS, Nr. 1/1980, S. 4.

⁷⁴ Ausländerstopp, Deutschland den Deutschen, in: DS, Nr. 2/1980, S. 1.

⁷⁵ Bürgerinitiative Ausländerstopp, in: DS, Nr. 3/1980, S. 2.

chen auf WählerInnenjagd; die REP waren dabei nur viel erfolgreicher, wie es ihr Ergebnis (7,1%) bei der Europawahl von 1989 verdeutlichte⁷⁶ – die von der NPD unterstützte DVU-Liste errang bei dieser Wahl nur 1,6% der Stimmen.

Schließlich besiegelte das Jahr 1990 definitiv das Ende der Ära Mußgnug. Im Zeichen der deutschen Wiedervereinigung und der Vorherrschaft des Bundeskanzlers Helmut Kohl, der jene geschickt zu realisieren und zu inszenieren wusste, schnitt das gesamte nationale Lager bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 schlecht ab, ebenso die NPD: Sie fiel auf 0,3% der Zweitstimmen zurück. Entmutigt gab Mußgnug den Vorsitz an Walter Bachmann ab, der die Partei vorübergehend kommissarisch leitete. 1991 setzte sich Günter Deckert nach einer erneuten Machtfehde an der Spitze durch. Martin Mußgnug verließ daraufhin mit ca. 700 AnhängerInnen, darunter auch die langjährige Landesgeschäftsführerin des bayerischen Landesverbands, Ilse Herrmann, die Partei und schloss sich der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) an. Hiermit endete eine der schwierigsten Phasen der Partegeschichte.

3.2. Funktion und Handlungsmacht führender Nationaldemokratinnen

Es ist kein leichtes Unterfangen, die weiblichen Aktivitäten in der Hibernationsphase nachzuzeichnen, so spärlich gesät sind die Spuren in dieser Periode. Und doch ließen sich verstreut Quellen der für die Parteiarbeit prägenden Protagonistinnen ausfindig machen:⁷⁷ Um deren Position und Wirkmacht soll es im Folgenden gehen.

In der Zeit nach 1969 stand das Wirken des weiblichen Personals noch unter dem Zeichen der Kontinuität, die Eva David-Happach, KV-Vorsitzende und Mitglied des schleswig-holsteinischen Landesverbands, auf besondere Weise zu verkörpern schien. Von Gertraude Winkelvoß 1970 als weibliche Verstärkung und mehr noch als ihre Nachfolgerin in den Parteivorstand geholt, war die national-konservative Lübecker Geschichtslehrerin bis 1975 weniger für die Frauenarbeit als für die politische Ausbildung zuständig. Mit dem Leiter des Arbeitskreises „Schulung“, Ernst Anrich, organisierte sie Tagungen und Diskussionsrunden, veranstaltete am 29. April 1973 beispielsweise ein politisches Seminar in Stade zum

⁷⁶ Zahlreiche Monographien und Beiträge haben schon Anfang der 1990er-Jahre versucht, den Aufstieg der extremen Rechten und den schlagartigen Durchbruch der REP in der Bundesrepublik zu deuten. So z. B. Stöss, Republikaner, oder Jaschke, Republikaner. Vergleichende und transnationale Untersuchungen lieferten u. a. Bergsdorf, Ungleiche Geschwister, und Obszerniks, Nachbarn am rechten Rand. Annette Skrzyllo und Nikola Wohllaib interessierten sich ihrerseits für die Stellung der Frauen bei den REP; vgl. Skrzyllo/Wohllaib, Frauen bei den Republikanern.

⁷⁷ Die meisten Informationen, Dokumente und Quellen stammen aus dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ sowie aus den Beständen des Hartmut-Meyer-Archivs und des APABIZ.

Thema Nationalismus als „dritter Weg“ zwischen Liberalismus und Marxismus.⁷⁸ Besonderes Aufsehen erregte sie im gleichen Jahr durch ihren persönlichen Feldzug gegen den Radikalenerlass.⁷⁹ Danach verliert sich ihre Spur; im Bundesvorstand wurde sie durch andere Vertreterinnen der Gründungsgeneration abgelöst, durch Martha Kruse etwa oder Eva-Maria von Wolzogen, die als Darmstädter Kreisvorsitzende und Mitglied des Arbeitskreises „Kulturpolitik“ schon seit dem Ende der 1960er-Jahre hervorgetreten war und ab 1975 zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben auch noch das Amt der Bundesfrauenreferentin übernahm. Nachdem sie in der Nachfolge von Hildegard Niewöhner ebenso in Hessen die Frauenarbeit übernommen hatte, konzentrierte sich ihr Wirken vornehmlich auf den regionalen Raum. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 bemühte sie sich, Frauen für den Wahlkampf zu gewinnen, erinnerte die Parteianhängerinnen in ihren Rundschreiben und Briefen stets an ihre politische Mission und an die moralischen Werte – „Unbestechlichkeit und Sauberkeit und Gerechtigkeit“ –, für die im Besonderen Frauen in der Partei einzustehen hätten.⁸⁰ Dass ihre Mobilisierungsversuche aber wohl des Öfteren ins Leere liefen, zeigt folgende, fast flehentliche Bitte an die weibliche Basis:

„Bitte, lassen Sie mich nicht das Gefühl haben, ich hätte diesen Brief in den Urwald versandt!! Wenn es Ihnen möglich ist, legen Sie bei Ihrer Antwort eine Freimarke zur Entlastung der Portokasse ein.“⁸¹

Freilich schränkte die finanzielle Notlage den Handlungsspielraum der Frauenreferentin stark ein; schon das Verschicken von Briefen, Einladungen sowie Propagandamaterial galt als „Luxus, den sich die Portokasse des LV eigentlich gar nicht leisten“ konnte.⁸² So ressourcenschonend wie möglich organisierte von Wolzogen fünf Monate vor der Wahl, im Mai 1976, einen Frauenkongress im hessischen Langen. Unter dem Motto „Wir Deutschen sind eine große Familie“ bewarben die unterschiedlichen ReferentInnen die NPD-Familien- und Gesundheitspolitik; auch ließ von Wolzogen in diesem Rahmen „Auslandsdeutsche“ zu Wort kommen, die sich wie sie selbst als Mitglieder des Vereins für deutsche Kulturbziehungen im Ausland (VDA) für die deutsch-kulturelle „Kolonisierung“ anderer Erdteile stark machten.⁸³ Da die nötigen Voraussetzungen für einen gelungenen Wahlkampf auch bei den Frauen in finanzieller, materieller und personeller Hinsicht nicht gegeben waren, blieb der Erfolg aus; von Wolzogen verstarb nur wenige Monate nach der Wahl, im Alter von 64 Jahren.

Anders verlief es bei ihrer Nachfolgerin, der 56-jährigen Marlene Erber, die als Hausfrau und Bundesvorstandsmitglied ab 1977 die Frauenarbeit verantwortete.

⁷⁸ Die zentrale Schulung beginnt, in: Deutscher Kurier, Nr. 4/1973, S. 6.

⁷⁹ Zur Kampagne David-Happachs gegen den Radikalenerlass vgl. S. 204 f. in diesem Buch.

⁸⁰ Brief von Eva-Maria von Wolzogen an die Mitglieder des Hessischen Landesverbands, 3. 9. 1975, in: APABIZ, NPD-Interna, 1972–1977, 3.5.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Ebenda.

⁸³ Eva-Maria von Wolzogen, Frauen aktiv in Hessen, in: DS, Nr. 6/1976, S. 5.

Ein Jahr zuvor hatte sie sich einen soliden Ruf als Wahlkämpferin erworben, indem sie als Rednerin durch ganz Bayern getingelt war. Auch wusste sie sich auf ihrem Weg nach oben ihre männlichen Parteidreundschaften zunutze zu machen. Im Bundesvorstand erhielt sie die tatkräftige Unterstützung ihrer bayerischen Wahlkampfgefährten Walter Bachmann und Günter Deckert, beide stellvertretende NPD-Vorsitzende. Gemeinsam mit ihnen hatte sie am 7. November 1975 die offizielle Wahlkampagne in München lanciert. So wurde sie im März 1977 in Hannover als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt – den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden, auf den sie sich ebenfalls beworben hatte, wollte man ihr jedoch nicht gewähren.

In ihrem heimatlichen Bezirksverband München-Oberbayern hatte sie seit Mitte der 1970er-Jahre einen Frauenarbeitskreis geleitet. Den überführte sie 1977 in den unter ihrer Obhut auf Bundesvorstandsebene agierenden Sonderausschuss „Familie, Volksgesundheit, Schutz des Lebens“.⁸⁴ Nicht von ungefähr deutet die Neubezeichnung des traditionellen „Bundesfrauenreferats“ auf die thematische Schwerpunktverschiebung der weiblichen Agitation im Kontext der Frauenbewegung hin: Als Abtreibungsgegnerinnen positionierten sich die Nationaldemokratinnen mithilfe des Lebensschutzes nun klar gegen den politischen Feminismus. Entsprechend adressierte die Bundesfrauenförderin Erber im Juli 1977 einen generellen Mobilisierungsauftrag an alle „echten Frauen und Mütter“, denen das „Volk noch am Herzen“ lag:

„Wir brauchen keine Politik mehr zu betreiben [,] wenn es kein deutsches Volk mehr gibt. Die Zeit arbeitet leider nicht für uns, denn unser Volk verliert von Tag zu Tag mehr an Substanz. Die Aktivierung der Frauenarbeit ist deshalb das Gebot der Stunde. Wir brauchen wieder echte Frauen und Mütter in diesem Lande. Deshalb meine Bitte an alle Frauen und Mädchen in unserer Partei: arbeiten Sie aktiv in unseren Frauengruppen mit, damit wir die uns gestellten Aufgaben erfüllen können. Wir sind weder Kaffee-Kränzchen-Tanten, noch emanzipationssüchtige, männerfeindliche, frustrierte Geschöpfe, sondern wir sind schlicht einfach Frauen und Mütter, die sich der Not unseres Volkes bewußt sind, aber auch der daraus resultierenden Aufgabe. Eine ernste Bitte auch an unsere männlichen Parteidreunde. Nehmen Sie Einfluß auf Ihre Frauen, Bräute, Töchter und Freundinnen und versuchen Sie, diese für die Mitarbeit zu gewinnen. Keiner sollte abseits stehen, denn nichts auf der Welt geschieht von alleine. Nicht warten auf die Trendwende – sondern sie herbeiführen – ist unsere Aufgabe.“⁸⁵

Aus diesem Passus lassen sich die Grundimpulse ablesen, die laut Marlène Erber das politische Selbstverständnis aller Nationalistinnen begründen sollten: das Aufbegehren gegen den Niedergang der „Volkssubstanz“ und, damit verbunden, der Kampf gegen den Feminismus und seine „emanzipationssüchtigen, männerfeindlichen und frustrierten“ Verfechterinnen, die sie als Motor der Zersetzungerscheinungen brandmarkte. Frauen sollten aus dem Käfig ihrer politischen Bequemlichkeit ausbrechen und sich nach ihrem Vorbild zur Wehr setzen. So gerierte sich Marlène Erber als Galionsfigur einer antifeministischen und reaktionär-nationalistischen Gegenbewegung zur Frauenbewegung. Jedoch konnte sie nur bedingt

⁸⁴ Parteivorstand tagte in Ulm, in: DS, Nr. 5/1977, S. 3.

⁸⁵ Marlène Erber, Liebe Frauen und Mädchen in der NPD, in: DS, Nr. 7/1977, S. 6.

und sehr vereinzelt Frauen hinter sich scharen; eine Bewegung konnte sie wahrlich nicht aus dem Boden stampfen.

Um die NPD-Programmatik in familienpolitischer Hinsicht zu schärfen, lud Erber am 1. Oktober 1977 zu einem Frauenkongress nach Heidelberg, zu dem sich bemerkenswerterweise zahlreiche Parteigrößen wie Martin Mußgnug oder der baden-württembergische Landeschef Werner Kuhnt einfanden – vielleicht gerade deshalb, weil die Reden bei dieser an Frauen gerichteten Tagung fast ausschließlich von Männern gehalten wurden. Rolf Kosiek referierte über die Familienpolitik, Dr. Huber über die Gesundheitspolitik und Mußgnug über die Lage von Männern und Frauen im Ostblock. Lediglich zwei Nationaldemokratinnen ergriffen bei diesem Anlass das Wort, um wie die baden-württembergische Frauenreferentin Edith Fleischer zu Beginn der Veranstaltung einige Grußworte an das Publikum zu richten; einzig Marlène Erber leistete mit ihrem Vortrag zu den gesellschaftlichen Zuständen und zur Terrorgefahr von links als Frau einen inhaltlichen Beitrag zum Kongress.⁸⁶ Tatsache ist, dass die Parteimänner durch ihre Anwesenheit und aktive Teilnahme erstmalig ihr Interesse für die Frauen- und Familienpolitik bekundeten, diesen von ihnen zuvor vernachlässigten und oft eher belächelten Bereich dadurch sogar politisch aufwerteten. Unter der Einwirkung der Frauenbewegung, die sich in den 1970er-Jahren die Politisierung des Privaten auf die Fahnen geschrieben hatte, waren Themen wie Frauenrechte und -arbeit, Familie, Fortpflanzung, Abtreibung und Lebensschutz allmählich in den politischen Diskurs gedrungen. Angesichts dieser zivilgesellschaftlichen Regungen, der einschlägigen politischen Reformen sowie des Werte- und Normenwandels in der westdeutschen Gesellschaft musste offensichtlich auch die NPD-Leitung einsehen, dass die Aufnahme von politisch brisanten „Frauenthemen“ in die Parteipropaganda unabdingbar geworden war. Die Zeichen standen auf Inklusion. Zugleich bedeutete die Vereinnahmung jener Themen durch die Männer paradoxalement auch einen Autonomieverlust für die Frauen, die nicht mehr exklusiv über ihren Bereich herrschten, diesen nicht mehr frei und unabhängig gestalten konnten und somit weniger als je zuvor in Konzeption und Vermittlung jener programmatischen Positionen einbezogen wurden.

Nach dem Heidelberger Frauenkongress bemühte sich Marlène Erber um die Verbreitung des dort ausgearbeiteten und verabschiedeten familienpolitischen Programms,⁸⁷ präsentierte es auf Versammlungen und Sitzungen, etwa in München am 21. September 1978 oder in West-Berlin am 6. Februar 1979, und bewarb es ebenfalls mehrmals im Parteiorgan „Deutsche Stimme“.⁸⁸ Mit ihrem Münche-

⁸⁶ Marlène Erber, Frauenkongress in Heidelberg, in: DS, Nr. 11/1977, S. 5.

⁸⁷ Der Maternalismus (Lebensschutz, Antifeminismus, Hausfrauenehe, Pronatalismus), der das familienpolitische Programm maßgeblich kennzeichnete, wird im folgenden Kapitel besprochen.

⁸⁸ Marlène Erber, Die Frau als Mittelpunkt unseres Volks, 21. 9. 1978, in: APABIZ, NPD-Interna, 1978–1979, 3.6; Mitgliederversammlung, in: DS, Nr. 2/1979, S. 6; Marlène Erber, „Nur dem ganzen Volk verpflichtet“ – Forderungen zur Familien- und Gesundheitspolitik, in: DS, Nr. 8/1978, S. 6; Das Jahr des Kindes – ein westlicher Beitrag zum Jahr des Kindes und zur „Europa-Wahl“, in: DS, Nr. 5/1979, S. 2.

ner Frauenarbeitskreis engagierte sie sich auch auf lokaler und regionaler Ebene, machte zwischen 1978 und 1980 durch Stände in Fußgängerzonen auf die NPD aufmerksam, veranstaltete zum Muttertag Feste in Altersheimen sowie Diskussionsrunden in DDR-Übersiedlerheimen. Doch lähmten die politische Perspektivlosigkeit, die anhaltenden internen Funktionsstörungen und das hartnäckige Misstrauen, das sie gegenüber Martin Mußgnug hegte, ihren frohgemuten Eifer. 1980, kurz nach der Bundestagswahl, erklärte sie ihren Parteiaustritt mit folgenden unmissverständlichen Worten:

„Eine Parteiführung, die ihr schlechtes Wahlergebnis der nationalen Publizistik anlastet, statt die Unzulänglichkeiten im eigenen Apparat zu erkennen und abzustellen [...] hat die Partei [...] unfähig gemacht, als echte Alternative in der Öffentlichkeit zu wirken.“⁸⁹

Nach ihrem Rückzug übernahm die berüchtigte Veteranin des Nachkriegsextremismus, Wilhelmine Steffens, die Frauenarbeit auf Bundesebene. Von Anfang an in der NPD aktiv, profilierte sie sich innerparteilich hauptsächlich in den 1980er-Jahren durch die Fülle von Ämtern und Funktionen, die sie in dem Jahrzehnt akkumulierte. Als langjährige Vorsitzende des Kreisverbands Soltau-Fallingbostel und Mitglied des niedersächsischen Landesvorstands kandidierte sie seit den 1960er-Jahren wiederholt bei Bundestags- und Europawahlen. 1981 in den Bundesvorstand gewählt, verweilte sie dort über zehn Jahre an der Seite der bayerischen Nationaldemokratin Ilse Herrmann. Der Name Steffens ist untrennbar mit der ideologischen Neuausrichtung der NPD verbunden, die in den 1980er-Jahren unter dem Einfluss der „Neuen Rechten“ den Lebensschutz mit bio-ökologischen Ansätzen kreuzte.⁹⁰ Bereits im März 1978 hatte sie den Ausschuss „Umwelt und Lebensschutz“⁹¹ ins Leben gerufen, wodurch sie nun ein thematisches Feld für sich beanspruchte, das seit 1977 zum Kompetenzbereich von Marlene Erber gehört hatte, und beackerte es fortan reichlich. Die Risiken der Atomenergie standen im Mittelpunkt der zahlreichen Vorträge, die sie im Rahmen der niedersächsischen Landesparteitage oder anderer Veranstaltungen in Helmstedt (April 1977), Soltau-Fallingbostel (Mai 1978) und Lüneburg (Juni 1979) hielt.⁹² Den Höhepunkt bildete hierbei der 1980 gemeinsam mit Walter Bachmann, Marlene Erber, Rolf Kosiek und Gerhard Gebauer in Bayern durchgeführte ökologische Kongress zur „Sicherung einer lebenswerten Umwelt“.⁹³

Nachdem sie die Zusammenführung der Ausschüsse „Umwelt und Lebensschutz“ und „Familie, Volksgesundheit, Lebensschutz“ zu Beginn der 1980er-Jahre veranlasst hatte, wandte sich Steffens vor allem der Bevölkerungspolitik zu, fokussierte ihre Reden dabei verstärkt auf das Thema Geburtenkontrolle und „Volks-

⁸⁹ Zitiert nach Hoffmann, NPD, S. 222.

⁹⁰ Zu den bio-ökologischen Ideen der NPD vgl. S. 224–232 in diesem Buch.

⁹¹ Neuer Ausschuß berufen, in: DS, Nr. 3/1978, S. 3.

⁹² Vgl. DS, Nr. 4/1977, S. 6; DS, Nr. 1/1978, S. 4; DS, Nr. 5/1978, S. 6; DS, Nr. 11/1978, S. 5; DS, Nr. 3/1979, S. 5; DS, Nr. 6/1979, S. 6; DS, Nr. 7/1980, S. 3.

⁹³ Nationaldemokratischer Kongreß: Sicherung einer lebenswerten Umwelt, in: DS, Nr. 6/1980, S. 3.

“tod“ und fiel nach der Tschernobyl-Katastrophe 1986 kontextbedingt wieder auf ihr Ursprungsthema, die Anti-Atom-Agitation, zurück.⁹⁴ Darüber hinaus forcierte sie Mitte der 1980er-Jahre die ethnozentristische und ausländerfeindliche Wende der NPD dadurch, dass sie auf Bundesvorstandsebene einen „Ausschuss für Ausländer- und Asylantenangelegenheiten“ mit dem Ziel einrichtete, die gesamte nationaldemokratische Propaganda rassistisch zu grundieren.⁹⁵ Als Dank für den unermüdlichen Einsatz von Steffens hielt die NPD ihren 17. Bundesparteitag (1./2. Oktober 1983) unter ihrer Schirmherrschaft in Fallingbostel ab.⁹⁶ Mit dieser Geste ehrte sie eine durchaus beflissene Aktivistin, die ihr ganzes Leben der extremen Rechten gewidmet hatte und die bis zu ihrem Tod 2001 NPD-Parteimitglied bzw. Multifunktionärin blieb.

Anders als in den 1960er-Jahren, als die „Frauenarbeit“ noch durch die Bundesfrauenreferentin *top down* und überregional koordiniert wurde, lässt sich für die 1970er- und 1980er-Jahre eine auffällige Dezentralisierung der weiblichen Tätigkeit feststellen. Weniger national als regional ausgerichtet, charakterisierte sie sich, weil sie vom immensen Einsatz einiger weniger Akteurinnen abhing, durch ihre generelle Desorganisation. Die zahlreichen strukturellen Hürden, mit denen die Partei zu kämpfen hatte, die finanzielle und materielle Instabilität genauso wie die Ausdünnung der Parteibasis oder die politische Marginalisierung der NPD verunmöglichten jegliche Erneuerung des weiblichen Personals. Abgesehen von Marlene Erber und Edith Fleischer gehörten alle weiblichen Bundesvorstandsmitglieder der 1970er- und 1980er-Jahre zur alten nationaldemokratischen Garde; jener also, die seit der Parteigründung der NPD die Treue hielt und sich nun in der Hibernationsphase politisch profilierte: David-Happach, von Wolzogen, Kruse, Hermann und Steffens gehörten zu diesem Schlag. Letztendlich blieb ihr politisches Echo begrenzt: Es fehlte an Mitteln, öffentlichen Verbreitungskanälen, an Effizienz und Motivation. Sie nahmen eine abwartende Haltung ein und beschränkten sich in ihrer politischen Praxis auf eine Art ideologische Instandhaltung: Mit Blick auf die Zukunft pflegten sie die Gesinnungsgemeinschaft – sowie die Hoffnung auf für sie günstigere Zeiten.

3.3. Der Lokalaktivismus der ‚Unsichtbaren‘: Die Nationaldemokratinnen in den Kreisverbänden

Weil es maßgeblich von der Entschlossenheit und Ausdauer einzelner AkteurInnen abhing, zeichnete sich das Engagement von NationaldemokratInnen in den 1970er- und 1980er-Jahren auf der Mikroebene durch eine starke zeitliche und territoriale Diskontinuität aus: Der Rückzug oder der Tod einer Aktivistin oder

⁹⁴ Vgl. DS, Nr. 5/1979, S. 9; DS, Nr. 2/1981, S. 6; DS, Nr. 4/1981, S. 6; DS, Nr. 9/1982, S. 5; DS, Nr. 10/1982, S. 4; DS, Nr. 2/1984, S. 8; DS, Nr. 7/1986, S. 4.

⁹⁵ Zum politischen Rassismus der NPD vgl. S. 212–218.

⁹⁶ DS, Nr. 11/1983, S. 4.

eines Aktivisten konnte mancherorts den Zusammenbruch ganzer Kreis- oder Ortsverbände zur Folge haben. Die Aufrechterhaltung der lokalen Strukturen gehörte in dieser Phase zu den Hauptherausforderungen der NPD. Gleichwohl gelang es einigen, den Auflösungserscheinungen zum Trotz auf Kreisebene eine rege politische Aktivität zu entfalten. So erging es beispielsweise Gudrun Dörfel, die sich in ihrem Nürnberger Kreisverband einbrachte, um nach eigenem Bekunden weiterhin „für die Freiheit des deutschen Volkes und des Reichs“ zu ringen.⁹⁷ Im Krieg als Krankenschwester des Roten Kreuzes in Militärkrankenhäusern eingesetzt, verbrachte die 1920 geborene und ausgebildete Philologin und Übersetzerin aufgrund ihres nationalsozialistischen Eifers ein Jahr in alliierter Gefangenschaft.⁹⁸ Sie gehörte zu den NPD-GründerInnen, die bis in die 1990er-Jahre hinein in der Partei aktiv waren. In ihrem Kreisverband bewältigte sie die laufenden Geschäfte, unterstützte die nationaldemokratischen Wahlkämpfe und stieß mitunter auch öffentlichkeitswirksame Aktionen an, wie im April 1976, als sie mit AnhängerInnen die von der katholischen Kirche und der SPD im Rahmen der Ostpolitik veranstaltete „deutsch-polnische Woche“ zu stören versuchte.⁹⁹ Entsprechend lobte die NPD diese Vorzeige-Aktivistin 1984 in den höchsten Tönen:

„Sie leitet den KV Nürnberg-Stadt und der ist ein Juwel in der Bayerischen NPD. Wen auch immer sie als Vortragenden oder Redner einlädt, allemal serviert sie dem Betreffenden ein volles Haus, und man fühlt sich bei den Nürnberger Freunden pudelwohl.“¹⁰⁰

Ganz wie Gudrun Dörfel bemühten sich viele mittlere und kleine FunktionsträgerInnen, die Basis bzw. das, was von ihr noch übrigblieb, zusammenzuhalten und das politische Tagesgeschäft zu regeln. Sehr regelmäßig würdigte die NPD die Männer und Frauen in ihren Reihen, die anspruchslos und nahezu unsichtbar die lokale Nationaldemokratie am Leben erhielten. Zwischen 1977 und 1989 veröffentlichte die „Deutsche Stimme“ über zwanzig Nachrufe zu Ehren verstorbener Aktivistinnen, die sich wie Else Hippold (1909–1977) aus Essen, Hedwig Berger (1904–1978) aus Sigmaringen-Zollernalb, Henny Schmidt (1902–1978) aus Wuppertal, Anneliese Emke (1930–1980) aus Goslar, Elfriede Becker (1926–1982) aus Karlsruhe, Hildegard Desler (1907–1983) aus Hamburg, Rose von Kracht (1900–1986) aus Marburg oder Elsa Steinkampf (1928–1988) aus Bremen ehrenamtlich für die Partei eingesetzt hatten. Auch bemühte sich die NPD, einzelne Parteidamen sichtbar zu machen: 1981 rühmte sie ihrer Langlebigkeit wegen die 86-jährige „Kameradin“ Helene Rosentreter aus dem Kreisverband Hameln-Pyrmont und die 90-jährige Maria Stäge aus Celle.¹⁰¹ Spätestens Ende der 1980er-Jahre ging sie dann aber, vermutlich aus Imagegründen, dazu über, eher die jüngeren Aktivistinnen hervorzuheben.¹⁰²

⁹⁷ Vertrauen zum bewährten Vorstand, in: DS, Nr. 4/1976, S. 4.

⁹⁸ Gudrun Dörfel, in: DS, Nr. 9/1986, S. 9.

⁹⁹ Vertrauen zum bewährten Vorstand, in: DS, Nr. 4/1976, S. 4.

¹⁰⁰ Lob der Frauen, in: Knabe (Hrsg.), 20 Jahre NPD, S. 48–50, hier S. 48.

¹⁰¹ Helene Rosentreter 86, in: DS, Nr. 2/1981, S. 5; Maria Stäge 90 Jahre, in: DS, Nr. 9/1981, S. 2.

¹⁰² Vgl. den Artikel zu Helga Maria Eschweiler in: DS, Nr. 8/1986, S. 2; zu Ruth Becker in: DS, Nr. 9/1986, S. 1; zu Irmgard Krüger in: DS, Nr. 11/1986, S. 10.

Dass die *Agency* eines Kreisverbandes in bedeutendem Maße auch von der ihm entgegengesetzten Haltung der Behörden bestimmt war, zeigt das Beispiel der West-Berliner NPD. Seit ihrem Bestehen belasteten interne Streitigkeiten sowie Sabotageaktionen von eingeschleusten Spionen die Verbandsarbeit; erschwerend kam aber hinzu, dass sie auch von Seiten der Regierungskräfte angefeindet, gar aktiv bekämpft wurde. Die DDR griff als erste zu „antifaschistischen“ Maßnahmen gegen sie: Ab März 1968 war es den westdeutschen bzw. West-Berliner NPD-Mitgliedern nicht mehr gestattet, das ostdeutsche Territorium zu betreten oder zu überqueren. Auch der West-Berliner Bürgermeister, der Sozialdemokrat Klaus Schütz, schritt im Oktober 1968 zur Tat, indem er die Westalliierten ersuchte, den NPD-Kreisverband zu verbieten, was diese mit Ausnahme der Franzosen zurückwiesen. Um jeglicher Eskalation vorzubeugen, stimmte die Berliner NPD im Oktober 1968 für ihre Selbstauflösung. Da aber das Berliner Landgericht den Beschluss im Januar 1969 wegen eines Formfehlers unterband, bestand der Verband fort.¹⁰³ Zwar scheiterte im März 1969 auch der zweite vom Senat bei der alliierten Kommandantur eingebrachte Verbotsantrag, doch sorgte jene zugleich auch für Maßnahmen, um den Aktivismus der NPD im Raum Berlin abzuwürgen. Im Laufe der 1970er-Jahre wurde der Druck auf sie erhöht: Sie durfte keine Parteitage oder sonstigen politischen Tagungen in West-Berlin ausrichten, sich auch nicht an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen. Ab 1977 wurde ihr das Auftreten im öffentlichen Raum gänzlich untersagt.¹⁰⁴

Trotz der vielen Verbote und Einschränkungen stellte der Berliner Verband seine Aktivität nicht ein. Am 13. August 1977 veranstalteten die Lokalaktivistinnen Ursula Schaffer und Ingrid Röthke eine als apolitisches und geselliges Treffen getarnte Versammlung mit Martin Mußgnug, bei der über hundert SympathisantInnen zusammenfanden. Doch musste der Parteichef die Zusammenkunft aufgrund eines Polizeieinsatzes und der Verhaftung der Eheleute Ingrid und Helge Röthke vorzeitig abbrechen.¹⁰⁵ Die Sicherheitskräfte verdächtigten Ingrid Röthke, am 1. August 1977, gemeinsam mit dem kurzfristig aus der Haft entlassenen Ekkehard Weil, einen Brandanschlag auf die Charlottenburger Partezentrale der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) verübt zu haben. Wegen ihrer terroristischen Handlungen hatte der Bund Heimatreuer Jugend (BHJ) Röthke, obwohl oder gerade weil sie seine Berliner Landeschefin war, aus seinen Reihen ausgeschlossen; das hielt aber die JN nicht davon ab, sie im Januar 1979 zur Leiterin ihres Berliner Verbandes zu machen.¹⁰⁶ Dort schlug sie einen ungehemmt neonazistischen Kurs ein, der sich u. a. in ihrem dezidierten Einsatz für die Freilassung

¹⁰³ Hoffmann, NPD, S. 428.

¹⁰⁴ Laut der Politikwissenschaftlerin Sabine Laue waren diese Maßnahmen Teil der geheimen Abmachungen, die zwischen den Westmächten und der Sowjetunion im Rahmen des Viermächteabkommens über Berlin 1971 getroffen wurden. Vgl. Laue, NPD, S. 65 f.

¹⁰⁵ Aktivitätsbericht zur NPD, 13. 8. 1977 in West-Berlin, in: BStU, Abt XV Nr. 58 Tl 1/2, S. 117–119.

¹⁰⁶ Aus der Berliner NPD, in: DS, Nr. 3/1979, S. 5.

von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis widerspiegelte.¹⁰⁷ Dabei stand sie stets in enger Verbindung zu Ursula Schaffer, einer anderen Leitfigur der West-Berliner NPD, die als altgediente, damals schon über 60-jährige Nationalsozialistin, den radikalen Kurs der Jugendorganisation tatkräftig unterstützte.

Mochte die 1912 geborene Schaffer realiter nie Mitglied der NSDAP gewesen sein, so war sie dem Regime doch stets eng verbunden gewesen: Sie hatte bspw. Anfang der 1930er-Jahre an der Seite prominenter AkteurInnen wie Magda Goebbels in der Jugendarbeit ausgeholfen und sich auch danach für die ideologisch-politische Stabilisierung des „Dritten Reichs“ eingesetzt.¹⁰⁸ Nach ihrer Promotion in Erdkunde 1938 erhielt sie eine Assistentenstelle zur Volkstumspflege am Deutschen Institut für Heimatkunde in Schneidemühl (Provinz Posen), bevor sie 1940 nach Thorn (Westpreußen) versetzt wurde, um dort an einem Gymnasium Geschichte zu unterrichten. Beim Vorrücken der Roten Armee flüchtete sie mit ihren drei Töchtern in Richtung Westen und ließ sich in Berlin-Wilmersdorf nieder. Nach dem Krieg hielt sie sich zunächst von der Politik fern und trat der NPD aus Protest gegen die Ostpolitik erst 1970 bei.¹⁰⁹ Nach kurzer Zeit übernahm sie die Leitung des Kreisverbandes Berlin-Südwest; 1976 wählte man sie in den Vorstand des Berliner Landesverbands und übertrug ihr das familienpolitische Ressort. In dieser Position entwickelte sie recht effiziente Umgehungsstrategien, um den sicherheitspolitischen Auflagen der Behörden zu trotzen, und agierte konspirativ: Schaffer arrangierte klandestine Treffen mit Gleichgesinnten und baute somit im In- und Ausland ihre rechtsextremen Netzwerke aus.¹¹⁰

Ihre völkisch-nationalistischen bzw. antisemitischen Überzeugungen hatte sie auch in der Nachkriegszeit nicht abgelegt. Davon zeugt ihr apologetisch-revisionistischer Aktionismus,¹¹¹ den sie 1979 u. a. in einem offenen Brief an den Bildungssektor Walter Rasch darlegte. Dort drückte sie ihren Unmut über KZ-Besuche von SchülerInnen aus:

¹⁰⁷ Ingrid Röthke, Freiheit für Rudolf Hess, in: DS, Nr. 5/1969, S. 6.

¹⁰⁸ Dies behauptete Ursula Schaffer zumindest in einem Interview mit der unter Decknamen agierenden Journalistin Franziska Tenner Anfang der 1990er-Jahre. Vgl. Tenner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 44.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 47 f.

¹¹⁰ Ihre Kontakte reichten beispielsweise auch nach Österreich. 1981 lud sie die dort ansässige Nationaldemokratische Partei (NPD) zu einem Kameradschaftstreffen ein, um die politische Lage der „Reichshauptstadt“ Berlin zu besprechen, Ideen rund um den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland auszutauschen und die Kooperation zwischen beiden Parteien zu intensivieren. NPD Berlin bei Österreichs NPD, in: DS, Nr. 6/1982, S. 3.

¹¹¹ Schaffer verbreitete die in rechten Kreisen verbreitete verschwörungstheoretische These, wonach Hitler durch die vermeintlichen Vernichtungsabsichten Churchills und der Juden zu einem präventiven Krieg geradezu genötigt gewesen sei. Auch das den Deutschen angelastete, in Wahrheit aber von Sowjets verantwortete Massaker von Katyn legte sie als Geschichtsfalschung aus, mit der die Alliierten Deutschland unter Druck setzen wollten. Zeitlebens engagierte sie sich in revisionistisch-negationistischen Kreisen und schrieb unter anderem auch Beiträge für die von Udo und Margarete Walendy seit 1975 herausgegebene Zeitschrift „Historische Tatsachen“, vgl. Tanner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 43–77.

„Ist Ihnen und den entsprechenden Lehrern unbekannt, daß das ehemalige NS-KZ Sachsenhausen in den Jahren nach 1945 als sowjetisches KZ diente, in dem zahlreiche Deutsche nach Kriegsschluß auf bestialische Weise umgekommen sind, daß das Schicksal vieler in das Sowjet-KZ Sachsenhausen verschleppter Deutscher auch heute noch unbekannt ist, daß viele Ehefrauen und Kinder nicht wissen, ob ihre Männer und Väter noch leben, vielleicht in sibirische [sic!] Straflager verschleppt wurden oder wo sie evtl [sic!] begraben liegen? Vielleicht bemüht sich der Herr Senator einmal um die Genehmigung eines Besuches in den Zuchthäusern **Brandenburg**, **Kottbus**, **Bautzen** und **Rummelsburg** für Schulklassen, da hier die Möglichkeit gegeben ist, Zuchthäuser-KZ in Urzustand und Funktion zu erleben und nicht nach tendenziöser Neuerrichtung.“¹¹²

In diesem Brief bediente sie sich eines von RechtsextremistInnen gern bemühten Narrativs: Das „Dritte Reich“ mit der DDR gleichsetzend, relativierte sie den Holocaust, den die „Verbrechen“ der Alliierten in West-Deutschland und die der Kommunisten in der DDR scheinbar aufwogen. Darüber hinaus schien sie mit der von ihr unterstellten „tendenziöse[n] Neuerrichtung“ im letzten Satz die Existenz der Konzentrationslager vor deren Indienstnahme durch die Sowjets überhaupt in Frage zu stellen und vertrat hiermit einen klar negationistischen Standpunkt. Zur Vermittlung ihrer politischen Ansichten gründete sie 1983 die Berliner Sektion der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG), einer der „Pflege und Erhaltung der deutschen Geschichte und der deutschen Kultur, des deutschen Brauchtums, der deutschen Kulturdenkmäler“ gewidmeten „national-völkischen“ Organisation.¹¹³ Hinter der Fassade der apolitischen Brauchtumspflege hielt Schaffer allerdings Rassenkunde-Seminare ab. Ganz in nazistischer Tradition organisierte sie Anfang der 1990er-Jahre im brandenburgischen Halbe ebenfalls „Heldengedenktage“ zum Volkstrauertag, bei denen vermeintliche „Helden“ der NSDAP, SS und Wehrmacht gewürdigt wurden, bis das „Event“ 1992 schließlich verboten wurde. Dank der DKG konnte die Nationaldemokratin Ursula Schaffer ihren rechtsextremen Aktivismus so gut wie unbehelligt gestalten, ohne dabei die NPD zu belasten. Exemplarisch steht Schaffers Tun dementsprechend für eine durchaus gängige Praxis, die darin bestand, rechte Organisationen und Gruppierungen im vorpolitischen Raum als aktivistische Relaisstationen für die Partei zu funktionalisieren und als ideologische Multiplikatoren einzusetzen.

3.4. Weibliche Selbstmobilisierungsinitiativen: die NPD-Frauengruppen in NRW

Neben dem individuellen Aktionismus nationaldemokratischer EinzelgängerInnen ließen sich Mitte der 1970er-Jahre, zeitgleich zur Hochphase der Autonomen Frauenbewegung, auf lokaler Ebene ebenfalls weibliche Selbstorganisationsiniti-

¹¹² Ursula Schaffer, Offener Brief, in: DS, Nr. 6/1979, S. 4 (Fettdruck im Original).

¹¹³ „Wir sind national-völkisch, ohne parteipolitisch gebunden zu sein. Wir sind rechtsextrem, das gebe ich zu, ohne daß wir gewalttätig werden, aber wir haben eine ganz klare rechte, nationale Haltung.“ Vgl. Tenner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 62 ff. Die DKG entstand 1979 nach ihrer Abspaltung von der DKEG. 1990 wurde der von Ursula Fascher geführte Berliner Verband der DKG in Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) umgetauft.

ativen ausmachen: In mehreren Kreisverbänden kam es zur Gründung von NPD-Frauengruppen. Den Grundstein dafür legte Gabriele Prehl im Februar 1976, als sie in dem von ihrem Mann Hagen Prehl geleiteten Kreisverband Märkischer Kreis in Nordrhein-Westfalen die erste Frauengruppe ins Leben rief.¹¹⁴ Einmal im Monat versammelte sich die Gruppe zur politischen Weiterbildung von „Frauen und Müttern“ in einer Gaststätte in Werdohl. Beim ersten Seminar im März 1976 präsentierte ihnen Gisela Koletzko vom NRW-Landesvorstand die „Rolle der Frau und Mutter im Volk“, einen Monat später sprachen Hagen Prehl und Rudolf Lamoller über die NPD-Bildungspolitik, und auch die Gesundheitspolitik wurde im Juli des gleichen Jahres in einem Vortrag angerissen und diskutiert.¹¹⁵ Ziel dieser ideologischen Ausbildung war es, die nationaldemokratischen Anhängerinnen und Sympathisantinnen in einem allein ihnen vorbehaltenen Raum an die Parteiideologie heranzuführen bzw. sie mit antifeministischem Rüstzeug zu wappnen. Im Juli 1976 lobte die „Deutsche Stimme“ den weiblichen Aufbruch an der Basis und machte zugleich deren Anspruch geltend, in der Öffentlichkeit als weibliche, antilinke Opposition aufzutreten:

„Die NPD-Frauengruppe KV Märkischer Kreis zeigt, wie vorbildliche Frauen für die NPD werben können. Fingernägelkauende ‚Politislesben‘ sind die Aushängeschilder der linken ‚Fortschrittlichen‘. Unsere Frauen zeigen, daß man eine politische Idee – eben die Nationaldemokratie – besser an den Mann (an die Frau) bringen kann.“¹¹⁶

Die Parteipresse stilisierte die Frauengruppe damit zur reaktionären Avantgarde, zur Speerspitze einer nationalistischen und antifeministischen Gegenbewegung zur „lesbisch-progressiven“ Frauenbewegung. Diese Gruppe jedoch als Bewegung zu bezeichnen, schoss weit über das Ziel hinaus, so überschaubar blieb letztendlich die losgetretene Dynamik. Einräumen lässt sich aber, dass Gabriele Prehl durch ihre Initiative einen sichtbaren weiblichen Selbstmobilisierungstrend in Gang setzte, denn im gleichen Jahr bildeten sich in den benachbarten Kreisverbänden, etwa in Hagen, Unna und Wuppertal, weitere Frauengruppen nach dem Prehlschen Modell. Im nordrhein-westfälischen Landesvorstand mit der Frauenarbeit betraut, forderte sie die Verbreitung solcher Frauenkollektive, die, wie sie es bei einer Versammlung am 28. April 1977 in Köln erklärte, einerseits die innerparteiliche Mitbestimmung von Frauen fördern, andererseits aber auch den familialistischen Standpunkt der NPD nach außen propagieren sollten:

„Der militanten antiweiblichen Frauenbewegung setzt Frau Prehl die gleichberechtigte Frau entgegen, die sich ihrer Rolle bewußt ist und die gesunde Kleinzelle Familie organisiert. Daneben betonte Frau Prehl, daß Frauen gerade heute, wo Männer durch ihren Beruf der Familiengestaltung nur am Wochenende nachgehen können, zu Ideenträgern werden, die das soziale Verhalten ihrer Kinder weitgehend vorbestimmen. Die nationale Bewegung, so führte Frau Prehl aus, hat nationale Frauenarbeit dringend notwendig [sic!]. Schwerpunkte ihrer Arbeit werden neu zu gründende Frauengruppen sein. Die verschiedenen Frauengruppen werden dann zwangsläufig

¹¹⁴ KV Märkischer Kreis: Neuwahl des Kreisvorstandes und Gründung einer Frauengruppe, in: DS, Nr. 2/1976, S. 5.

¹¹⁵ Vgl. DS, Nr. 3/1976, S. 4; DS, Nr. 4/1976, S. 5; DS, Nr. 7/1976, S. 8.

¹¹⁶ DS, Nr. 7/1976, S. 7.

die politischen Schwerpunkte der Arbeit des Landesverbandes bestimmen und Aussagen formulieren.“¹¹⁷

Mit gerade einmal 21 Jahren gehörte Gabriele Prehl zu jener Nachkriegsgeneration, für die die Geschlechtergleichheit ein verfassungsrechtliches, normales, gar unumstößliches Prinzip geworden war. So stand ihr antisexistischer Standpunkt nicht im Widerspruch zu ihrem stark demonstrativen Antifeminismus. Um die Zielsetzung ihrer Frauengruppe zu veranschaulichen, organisierte sie im Mai 1977 einen Frauenkongress in Lüdenscheid, zu dem sich zur Rückenstärkung Prehls neben Parteichef Martin Mußgnug und dem nordrhein-westfälischen NPD-Chef Walter Seetzen auch Bundesfrauenführerin Marlene Erber einfand. Bei diesem Anlass betonte Gabriele Prehl vor allem die völkisch-nationalistische Bedeutung ihres antifeministischen Engagements, wie es folgender Tagungsbericht verdeutlichte:

„Innerhalb der Frauengruppen, von denen Frau Prehl in NRW schon einige aufbauen konnte, sind die Frauen in der Lage politische Probleme zunächst unter sich zu besprechen und Lösungen zu formulieren. Daß gerade Frauen, entgegen einer weitverbreiteten Meinung tagaus, tagein mit politischen Problemen konfrontiert werden, konnte G. Prehl deutlich machen. Zum Beispiel beim täglichen Einkauf der Lohn- und Preispolitik, bei Geburten der Fragen nach dem § 218, bei den Schularbeiten der Kinder der Schul- und Bildungspolitik usw. usw. ... Anstelle militanter Frauenbewegungen und wüstem Emanzipationsgeschrei forderte die begeisterungsfähige Referentin: Der Begriff Hausfrau oder Mutter muß endlich wieder den Rang erhalten[,] der ihm in der natürlichen Ordnung zukommt, erst dann ist der Weg frei zur echten wahren Volksgemeinschaft.“¹¹⁸

Doch erodierte ihr politischer Anspruch in der Folgezeit spürbar. Ab 1978 trafen die Frauen nur noch selten zusammen und fielen bei ihren Zusammenkünften auf apolitische Aktivitäten zurück: Schrittweise wurden die ideologischen Weiterbildungen zugunsten von Familienausflügen, Bastelnachmittagen und geselligen Treffen aufgegeben. Wie alle anderen Gruppen löste sich auch die Frauengruppe Märkischer Kreis spätestens 1980 auf. Gabriele Prehl war ihrerseits in der Zwischenzeit offenbar zu einem anderen, politisch weit ertragreicherem Projekt übergegangen: der Bürgerinitiative Ausländerstopp, die sie gemeinsam mit ihrem Ehemann aufgebaut hatte.¹¹⁹ Daraufhin boten nur noch vereinzelte Kreisverbände, etwa in Bad Kissingen, Schweinfurt oder Frankfurt, „Frauen- oder Familiennachmittage“ an und orientierten sich somit an traditionelleren Formen weiblicher Soziabilität: ein *Rollback*, der das symptomatische Versiegen jeglicher Autonomisierungsbestrebungen von Frauen in den 1980er-Jahren bezeugte.¹²⁰

Auch wenn die Frauengruppen letztendlich ein Experiment auf Zeit blieben, so markierten sie dennoch einen evidenten Paradigmenwechsel in der Partizipation

¹¹⁷ „Frauen für Deutschland“ – Gabriele Prehl in Köln, in: Vogel (Hrsg.), Nationaldemokraten informieren, o. S.

¹¹⁸ Marcus König, Frauen: keine Außenseiter in der NPD, in: DS, Nr. 6/1977, S. 7.

¹¹⁹ Bürgerinitiative Ausländerstopp, in: DS, Nr. 3/1980, S. 2.

¹²⁰ Vgl. DS, Nr. 2/1982, S. 4; DS, Nr. 3/1982, S. 6; DS, Nr. 4/1982, S. 6; DS, Nr. 5/1982, S. 6; DS, Nr. 11/1985, S. 4; DS, Nr. 4/1989, S. 4.

von Frauen in der NPD: Die horizontale Mitbestimmung hatte die vertikale Mobilisierungsstruktur der 1960er-Jahre abgelöst. Hiermit wurde die weibliche Aktivität nicht mehr von oben herab koordiniert, sondern sie kristallisierte sich nunmehr dezentral und weitgehend informell an der Basis. Der Impuls, Frauen diskriminierungsfreie Räume zur politischen Diskussion zur Verfügung zu stellen, kam eindeutig von der Frauenbewegung, in deren Rahmen sich Mitte der 1970er-Jahre zahlreiche Selbsthilfe- und Selbsterfahrungsgruppen gebildet hatten und die sich gerade durch die Kultivierung einer weiblichen Exklusivität auszeichnete.¹²¹ In ihrer Suche nach Selbstmächtigungsmöglichkeiten in der männerdominierten NPD ahmten die Nationaldemokratinnen paradoixerweise also die Organisations- und Mobilisierungsformen der autonomen Frauenbewegung nach, richteten als reaktionäre Gegenbewegung ihre politische Arbeit aber entschieden gegen den Feminismus und die Feministinnen aus: Es ging ihnen beileibe weder um die Liberalisierung des Abtreibungsrechts noch um die berufliche Gleichberechtigung von Frauen, im Vordergrund ihres Interesses standen einzig und allein die Rechte der Hausfrauen und Mütter sowie die „Volksgemeinschaft“ als Ordnungsmodell. So lässt sich behaupten, dass der politische Feminismus einen Bewusstwerdungsprozess bei Frauen hervorrief, der weit über die politische Linke hinausging und auch in der extremen Rechten einen Katalysatoreffekt erzeugte. Er legitimierte das stärkere Hervortreten von nationalistischen Frauen, die sich öffentlich gegen das Feindbild „Feministinnen“ positionierten und mit politischen Gegenvorschlägen aufwarteten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung schien sich auch der männliche Blick auf die weibliche Mitwirkung zu verändern. Im Zuge der sozialliberalen Reformen, der Transformation der soziokulturellen Normen und des Wertewandels konnten die Nationaldemokraten nicht mehr umhin, den politischen Wert des „weiblichen Bereichs“ anzuerkennen und ihm folglich in der Parteipropaganda mehr Platz einzuräumen. Sie konnten, um die patriarchale Geschlechterordnung aufrechtzuerhalten, sozusagen nicht mehr auf die NPD-Frauen verzichten und haben jene sogar ausdrücklich hervor.¹²² Tatsächlich schien die antifeministische Agitation doch glaubwürdiger und wirkungsvoller, wenn sie von Frauen selbst vertreten und in die Öffentlichkeit hineingetragen wurde. Dieser durch die Frauengruppen angestoßene Autonomisierungsschub bildete allerdings eine Ausnahme in der Hi-

¹²¹ Gerhard, Frauenbewegung, S. 111.

¹²² Diesbezüglich schrieb die „Deutsche Stimme“: „Es ist ein Vorurteil unserer Gegner, daß die NPD als ‚Männerpartei‘ auch heute noch in großen Teilen der Öffentlichkeit angesehen wird. Von Anfang an ist die NPD auch durch Frauen mitgeprägt worden, und in allen Parteivorständen der vergangenen elf Jahre waren Frauen vertreten. Immer haben Frauen die Arbeit in unserer Partei mitgetragen, wenn auch oft bescheiden, aber nicht weniger aktiv, im Hintergrund. [...] In der Partei wird das stärker werdende Gewicht der Frauen in den parteiinternen Veranstaltungen, insbesondere auf den Parteitagen, sichtbar. Ein großer Teil der Delegierten sind heute schon Frauen: Ein Zeichen dafür, wie sehr sie in den Kreisverbänden das Leben mitgestalten. Die aktive Frauenarbeit ist mancherorts im Entstehen: voll wirksam ist sie in der Frauengruppe des Märkischen Kreises.“ Lebendige Frauenarbeit in der NPD, in: DS, Nr. 1/1977, S. 5.

bernationsperiode der NPD, die sich sonst eher durch einen quantitativen und qualitativen Defeminisierungstrend auszeichnete. Diese Klammer verdeutlicht aber, welche äußereren gesellschaftlich-politischen Impulse die NPD in den 1970er-Jahren rezipierte und wie sehr diese, als weibliche Ballungsmomente, eben auch die Entwicklung der Partei mitbestimmten.

3.5. Der lebensweltliche Kontext: Wilhelmine Steffens und der rechtsextreme Kommunitarismus

In den Jahrzehnten ihrer politischen Randständigkeit glich die NPD faktisch einer leeren Hülse; für den harten Kern der AnhängerInnen war die parteipolitische Arbeit kein Selbstzweck, sie fungierte lediglich als politische Ergänzung für einen Aktivismus, der meist im extrem rechten Umfeld der Partei angesiedelt war und sich somit oft im Verborgenen, im vorpolitischen und lebensweltlichen Raum entfaltete. Seit Anfang der 1970er-Jahre hatte die politische Aussichtslosigkeit zur Atomisierung bzw. Verstreitung der nationaldemokratischen Kräfte in unzählige neonazistische Gruppierungen und Wehrsportgruppen, esoterisch-rassistische und neuheidnische *Think tanks*, revisionistische Intellektuellenzirkel sowie ultranationalistische Zeitschriften, Verlage und Vereine geführt, denen allen gemein war, fernab der Politik und in der gesellschaftlichen Abgeschiedenheit in Erwartung des „Tages X“ auf die ideologische und personelle Erneuerung der extremen Rechten hinzuarbeiten. Anders als die NPD, die heterogen und im nationalistischen Sinne sozusagen allgemeinpolitisch ausgelegt war, verfolgte jede Einzelgruppe oder -organisation ein besonderes Ziel, war zweckgerichtet und vertrat je nach Interesse und Weltanschauung – ob national-konservativ oder revolutionär, völkisch oder der „Neuen Rechten“ verpflichtet – spezifische Belange, die es den NationaldemokratInnen ermöglichten, ihre ideologischen Schwerpunkte auch außerhalb der Partei präzise zu definieren und konkret voranzutreiben. Mehrfachmitgliedschaften waren die Norm, sowohl bei den Parteimännern als auch bei den -frauen: So war Martha Kruse neben der NPD auch im ökologisch-rassistischen Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) aktiv; Eva-Maria von Wolzogen war ebenfalls Mitglied des VDA, der die deutsche Kolonialisierung des Auslands befürwortete. Mit der Gründung des BKP zur Wahrung des „historischen und kulturellen Erbes“ Deutschlands verlieh Ursula Schaffer ihren revisionistischen Überzeugungen Gestalt. Die bayerische Nationaldemokratin Anneliese Michels engagierte sich nebenbei im von den NationalsozialistInnen und HolocaustleugnerInnen Otto Ernst Remer und Lisbeth Grolitsch gegründeten Freundeskreis Ulrich von Hutten sowie in der Aktion Oder-Neiße, deren Spezialgebiet die vormaligen deutschen Ostgebiete waren. Die Berliner JN-Führerin Ingrid Röthke hingegen bevorzugte den neonazistischen und terroristischen Aktivismus, den sie u. a. als Mitglied der Rudolf-Hess-Befreiungsgruppe auslebte. Gespalten und zersplittert schien die extreme Rechte ihre Stärke gerade aus ebener sie stabilisierenden netzwerkförmigen Architektur zu beziehen: Die NPD

fungierte hier meist als Bindeglied. Der Fall Wilhelmine Steffens zeigt exemplarisch, wie sich Nationaldemokratinnen in Zeiten der politischen Flaute das extremistische Milieu als ideologisch-lebensweltlichen und kommunitaristischen Rückzugsort nachhaltig zunutze machen konnten.

1913 in einer autoritären preußischen Familie in Bremen geboren, ergriff Wilhelmine Steffens in der Weimarer Republik Partei für die Nationalsozialisten, indem sie 1932 dem NS-Schülerbund beitrat. Im Februar 1933 wurde sie Mitglied des BDM, stieg dort in kurzer Zeit zur Mädelgruppenführerin bzw. im September des gleichen Jahres schon zur Mädelringführerin für den Raum Bremen auf, wodurch man ihr die Befehlsgewalt über mehrere hundert Mädchen und junge Frauen übertrug. 1938 begann sie ein Medizinstudium, das sie noch während des Krieges, im Jahr 1943, erfolgreich abschloss.¹²³ Nach Kriegsende heiratete sie den Kaufmann Ludwig Steffens und ließ sich 1960 als Allgemeinmedizinerin im niedersächsischen Rethem nieder. Hier nahm sie ihre politischen Tätigkeiten wieder auf, trat etwa 1965 in die NPD ein und legte dort, ab dem Ende der 1970er-Jahre, als sie im Ruhestand war, eine steile Karriere hin.

Ihren Einsatz in der Partei sah sie als geeignetes Mittel, um die nationalistische Gesinnungsgemeinschaft zusammenzuführen bzw. zusammenzuhalten. Der Kreisverband, den sie in Soltau-Fallingbostel leitete, diente ihr diesbezüglich als Mobierungsplattform für „alle Patrioten“. Von 1967 bis 1985 veranstaltete sie jedes Jahr zum 1. Mai ein für das „nationale Lager“ unumgängliches „Frühlingsfest“ in der malerischen Lüneburger Heide. Auf dem Unterhaltungsprogramm standen sowohl Waldwanderungen und Volkstänze als auch Tombolas und Bastelseminare. Gedacht waren diese Feste als geselligkeitsfördernde und identitätsstärkende Ereignisse für nationaldemokratische AnhängerInnen, „Kameraden“ und „volkstreue Familien“ der Umgebung, denen bei diesem Anlass vermeintlich urdeutsche Bräuche und Traditionen sowie rechtsextremes Gedankengut vermittelt wurden. Im Sinne der Netzwerkpflege wurde die Bindung untereinander forciert und der Nachwuchs „geistig“ auf den politisch-ideologischen Kampf vorbereitet, ein Anliegen, das Wilhelmine Steffens bereits in ihrer BDM-Zeit verfolgt hatte. So überrascht es kaum, dass sie sich schon seit den 1950er-Jahren aktiv an der rechtsextremen Jugendbildung beteiligte und vor allem in der Wiking-Jugend (WJ),¹²⁴ eine der organisatorischen Hauptstützen der extremen Rechten, eine wichtige Position einnahm. Zeit ihres Bestehens hatte die als Kaderschmiede und Kontinuitätsgarant fungierende Jugendor-

¹²³ Vgl. Röpke, Retterin der weißen Rasse, S. 66 ff.

¹²⁴ Die WJ, 1952 als Nachfolgeorganisation der HJ und des BDM mit dem Ziel gegründet, das nationalsozialistische Erbe in die Bundesrepublik hinüberzutragen, diente bis zu ihrem Verbot 1994 der rechtsextremen Sozialisierung des Nachwuchses. Durch das Uniformtragen – Hemd und Hose für die Jungen, langer Rock und Bluse für die Mädchen – sowie durch Lager, Feste und Belastungsmärsche, durch ideologisch verformte Unterrichtseinheiten über germanische Bräuche, in „Rassenkunde“, Geschichte und paramilitärischer Ausbildung vermittelte sie ihren jungen Mitgliedern, die sich in ihrem 40-jährigen Bestehen immerhin auf 15 000 bezifferten, eine aus Abenteuer und Drill bestehende bundesrepublikfeindliche bzw. völkische Erziehung; vgl. Virchow, Wiking-Jugend.

ganisation mehreren AktivistInnen-Generationen, darunter auch etlichen NationaldemokratInnen, eine autoritäre Weltanschauung anerzogen. Wilhelmine Steffens finanzierte nicht nur die Aktivitäten der WJ mit, sie stellte ihr außerdem ihr Anwesen in Rethem zur Verfügung, um Sommercamps abzuhalten, bei denen sie sowohl die gesundheitliche Betreuung als auch die ideologische Ausbildung von Mädchen übernahm. Dort engagierte sie sich Seite an Seite mit anderen ehemaligen BDM-Mitgliedern wie Ursula Schaffer, einem WJ-Ehrenmitglied, oder mit Edda Schmidt, WJ-Gaumädelführerin und zwischenzeitliche Schriftleiterin des Organs „Der Wicker“. Die WJ fußte auf einem Netzwerk von Männern, Frauen und Familien, die sich zeitgleich in unterschiedlichen rechtsextremen Strukturen einbrachten und diesem Milieu dadurch eine gewisse Stabilität verliehen.

Auf Edda Schmidt und Wilhelmine Steffens traf man ebenso in anderen Gruppierungen, so zum Beispiel in der Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäß Lebensgestaltung (Artgemeinschaft-GGG), einer 1951 vom SS-Mitglied Wilhelm Kusserow in Berlin-Charlottenburg gegründeten neuheidnisch-esoterischen, rassistischen und völkischen Organisation. In Zusammenarbeit mit einschlägigen *Think tanks* wie der Zeitschrift „Neue Anthropologie“ (NA) von Jürgen Rieger,¹²⁵ dem späteren Chef der Artgemeinschaft (zwischen 1989 und 2009), beschäftigte sich diese hauptsächlich mit bioethischen bzw. rassistisch-anthropologischen Fragen. Ihr erklärtes Ziel war es, die Überlegenheit der nordischen Rasse „wissenschaftlich“ zu attestieren und damit sowohl Rassismus und Antisemitismus als auch eugenische Verfahren zur Optimierung der germanischen Rasse zu legitimieren. Als Ärztin und fanatische Anhängerin einer „arischen Religion“ war Wilhelmine Steffens seit 1986 in der Führungsebene der Artgemeinschaft aktiv, ein Jahr später leitete sie den ihr angegliederten Verein „Das Familienwerk“, aus dem sie sich erst 1994 zurückzog.¹²⁶

Der Fall Wilhelmine Steffens zeigt, wie durchlässig das extremistische Milieu war und wie kontinuierlich AktivistInnen ihre ideologischen Überzeugungen und Kämpfe, auch über die tiefen Brüche des 20. Jahrhunderts hinaus, weitertrugen. Als Nationalsozialistin schwor sie auch in der Bundesrepublik ihren Ideen nicht ab und perpetuierte bis zu ihrem Tod im Jahr 2001 das Engagement, das sie im „Dritten Reich“ als 19-jährige junge Frau in der HJ aufgenommen hatte. Durch ihre vielgestaltigen Tätigkeiten sowie freundschaftlich-familiären oder politisch-ideologischen Verflechtungen leistete Steffens einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Konsolidierung der extremen Rechten. So verwundert es auch nicht, dass Martin Mußgnug sie in den 1980er-Jahren mit der Leitung unterschiedlicher Arbeitskreise – etwa zu

¹²⁵ Dass die rechtsextremen Verflechtungen auch transnational ausgelegt waren, verdeutlicht das Beispiel des späteren NPD-Kaders Jürgen Rieger, der gute Verbindungen zur französischen Neuen Rechten unterhielt und ihren Vordenker, Alain de Benoist, auch in das Redaktionskomitee der NA holte. Ab 1972 leitete der Rassist und Eugeniker Rieger zusätzlich noch die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung. Vgl. Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*, S. 254 f.

¹²⁶ Das gemeinsame Dach – Die Religion der Rasse, in: VVN-BdA Niedersachsen (Hrsg.), *Neofaschismus*, S. 11–13.

Familie, Gesundheit und Umwelt sowie zu Einwanderungs- und Asylfragen – beauftragte: alles Bereiche, die stark miteinander verzahnt waren. Den Anti-Atomkampf verknüpfte Steffens mit einer rassistischen Vorstellung der Gesellschaft, einem antiemanzipatorischen Menschenbild und einer resolut völkischen, fast esoterischen Verbundenheit zur Natur. Dadurch, dass die Ärztin dem Vorstand ihr Wissen und ihre Expertise zur Verfügung stellte, dass sie dabei auch ihre Inhalte und Deutungsweisen in die Partei hineintrug, prägte sie die NPD-Ideologie langfristig. Andererseits verdankte die Partei ihr Überleben gerade ebenjenen SchlüsselakteurInnen, die durch ihr Wirken, ihre kommunitaristische Vernetzung und ihr Engagement im bewegungsförmigen Milieu der extremen Rechten¹²⁷ die NPD mit AktivistInnen, Ideen und Ressourcen versorgten und ihr auf lange Sicht durch die Hibernationsphase hindurchhalfen.

4. Resümee

Für die NPD war die Hibernationsphase eine der politisch dürtigsten, paradoxerweise aber, aufgrund anhaltender Parteiquerelen, auch eine der turbulentesten Perioden der Parteigeschichte. Historisch von zwei maßgeblichen Zäsuren eingegrenzt, dem von der Partei nicht zu verhindrenden sozialliberalen Umbruch von 1969 einerseits sowie der von ihr nicht antizipierten „Wende“ von 1989/90 andererseits, zeichneten sich diese zwei Jahrzehnte durch das Abhandenkommen all dessen aus, was sich die NPD in den 1960er-Jahren in Windeseile aufgebaut hatte: die soliden Strukturen, den politischen Zuspruch und den parlamentarischen Rückhalt. Die Nationaldemokratie erodierte, es schwanden die Mitglieder, die

¹²⁷ In der Forschung wurde lange Zeit kontrovers diskutiert, ob die extreme Rechte als Bewegung beschrieben werden könne. Richard Stöss befand die Benutzung des Bewegungsbegriffs für die extreme Rechte als unnütz und nichtssagend. Claus Leggewie erklärte seinerseits, bei der extremen Rechten könne, da sie die Werte und Ziele der Neuen sozialen Bewegungen bekämpfte, höchstens von „Gegenbewegung“ oder von „Anti-Bewegungs-Bewegung“ die Rede sein. Doch blendete er dabei den subversiven und fundamentaloppositionellen Charakter der extremen Rechten aus, deren Hauptfeind schon in den 1970er-Jahren das demokratisch-parlamentarische System der Bundesrepublik war. Dass man sie nicht zu den Neuen sozialen Bewegungen zählen kann, ist offensichtlich, baute sie doch vornehmlich auf die „Gemeinschaft“ und nicht auf das Individuum, auf die Rasse und nicht auf die Emanzipation, auf den Autoritarismus und nicht auf den Liberalismus. Die extreme Rechte war immer reaktionär, manchmal revolutionär, aber nie progressiv. In ihrer netzwerkförmigen Beschaffenheit jedoch glich – bzw. gleicht sie immer noch – einer Bewegung. Als kollektiver Akteur mobilisierte sie, wie es auch Joachim Raschkes Definition von Bewegungen nahelegt, Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, deren Ziel es war und ist, durch Protest oder Gewalt eine politische Veränderung in Deutschland herbeizuführen. Auch die Zurschaustellung von identitätsstiftenden Symbolen und Zeichen, von Kommunikationscodes, kulturellen Praktiken und Subkulturen sowie einer spezifischen Soziabilität, die in einschlägigen Veranstaltungen, Festen, Treffen und politischen Demonstrationen ihren Niederschlag findet, weist auf eine extremistische Teilkultur hin, die für Bewegungen charakteristisch ist. Vgl. Stöss, Forschungs- und Erklärungsansätze, S. 52 f., und Leggewie, Republikschutz, S. 335.

WählerInnen und mit ihnen die Wahlerfolge. Die allgemeinen Auflösungserscheinungen schlugen sich auch auf die Frauenarbeit nieder, die in der Destabilisierungsphase (1969–1972) fast vollständig zum Erliegen kam. Hinzu kam der geordnete Rückzug wegweisender Nationaldemokratinnen, der, wie etwa bei Gertraude Winkelvoß, das Ende einer Ära ostentativ kenntlich machte. In der daraufhin einsetzenden und durchaus als ein Dahnvegetieren zu bezeichnenden Phase (1972–1989) dominierten die „Erbinnen“. Diese postnazistischen Veteraninnen waren seit der Parteigründung in der NPD aktiv, hatten sich aber bis zum Ende der 1960er-Jahre noch im Hintergrund gehalten, um sich dann in den 1970er- und 1980er-Jahren, auf der lokalen Ebene wie auch im Bundesvorstand, umso mehr zu profilieren.

Allgemein betrachtet, verbesserten sich in dieser Periode die innerparteilichen Partizipationschancen von Frauen. Mit dem Mitglieder- und Kaderschwund setzte nach 1969 zwar eine eindeutige Defeminisierung ein, die auch in der Folgezeit wegen der mangelnden Personalerneuerung nicht behoben werden konnte, doch stieg der Frauenanteil in den Macht- und Entscheidungsgremien stetig an, wenn auch nicht im gleichen Tempo und Ausmaß wie in den anderen Parteien der Bundesrepublik. Auch die Parteileitung räumte den Nationaldemokratinnen mehr Platz ein und zollte ihnen Anerkennung, indem sie ihnen auf der ideologischen Ebene die Bearbeitung neuer, auch außerhalb der traditionellen Familien- und Gesundheitspolitik stehender Themenbereiche erlaubte. Die NPD schien somit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen – der Politisierung des Weiblichen genauso wie der Feminisierung der Politik – auf markante Art und Weise Rechnung zu tragen. Tatsächlich ließ die Mitte der 1970er-Jahre zur vollen Entfaltung gekommene Autonome Frauenbewegung auch die Nationaldemokratinnen nicht gleichgültig. Davon zeugen die Selbstmobilisierungsinitiativen der nordrhein-westfälischen Frauengruppen, die das Selbstermächtigungsprinzip und die Organisierungsmodi der Feministinnen übernahmen und somit transpolitische Kontaminierungs- und Nachahmungseffekte offenlegten, die Frauen auch außerhalb der politischen Linken erfassten. Die feministischen Inhalte und Werte jedoch lehnten sie als selbsternannte Vorhut einer nationalistischen und reaktionär-antifeministischen Gegenbewegung unmissverständlich ab. In der Zeit politischer Flaute engagierten sich die NPD-Frauen auch vermehrt im vorpolitischen Raum, suchten etwa im lebensweltlichen Kommunitarismus der extremen Rechten, abseits von Politik und Mehrheitsgesellschaft, Zuflucht und fanden je nach Interesse und Vorlieben neue – oder alte – Tätigkeitsfelder in der rechtsextremen Jugend-, Familien- und Erinnerungsarbeit sowie der Brauchtumspflege. Sie kamen in den Gruppierungen, Organisationen, *Think tanks*, Zeitschriften und Verlagen unter, die in völliger Abgeschiedenheit alles auf die politisch-ideologische Regeneration der „nationalen Opposition“ setzten und somit beharrlich auf den „Tag X“, also die politische Machtübernahme in der Bundesrepublik, hinarbeiteten.

